Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 88. Montag, den 15. April 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Gegen das Koalitionsrecht.

Die rote 110 ist ein Schutzwall für die Arbeiterklassen geworden, an dem mancher Ansturm der Arbeiterfeinde zerschellen wird. Bei einer roten 50 oder 60 hätte ein Anschlag auf das Koalitionsrecht der Arbeiter nach dem Wunsch der Scharfmacher alle Aussicht auf Erfolg gehabt. Die ist nun einstweilen vorbei. Um so eifriger suchen die Scharfmacher nach anderen Wegen, auf denen sie die Arbeiterschaft um das bißchen Koalitionsrecht betrügen können. Solche Wege gibt ein Scharfmacher in der zweiten Morgenausgabe der „Kölnischen Zeitung“ vom 11. April 1912 an. Er findet „das Geheimnis der ungeheuren Ausdehnung der Gewerkschaften und mit ihnen der Sozialdemokratie“ im Vorhandensein des letzten Absatzes des § 152 der Gewerbeordnung, welche bestimmt, daß jedem Teilnehmer der Rücktritt aus Vereinigungen und Verabredungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen freisteht, und daß aus diesen Verabredungen weder Klage noch Einrede stattfindet. Aus diesem Mangel an Klagerecht folge, daß alle Unterstützungen an Arbeitslose, für Streiks 2c. freiwillig nicht einklagbar seien.

„Damit hatten die Führer das ausschließliche Verfügungsrecht über ihre Ausgaben in die Hand bekommen.

Ein zweiter, sehr einfacher Schritt sicherte ihnen auch die Einnahmen, nachdem der Mitgliederbeitrag nicht ein für allemal festgesetzt, sondern es den einzelnen Führern überlassen wurde, im Bedarfsfalle die Beiträge zu erhöhen; verweigern die Mitglieder die Zahlung der erhöhten Beiträge, so verlieren Sie die Mitgliedschaft. Ein weiteres wichtiges Glied in der Kette der Führergewalten ist die bei den meisten Gewerkschaften vorgesehene Einrichtung, daß die untern Organe für ihre Ausgaben einen gewissen Prozentsatz der Einnahmen verwenden können; dadurch werden sie wirksame Agitatoren, deren Einkommen mit ihrer Tätigkeit wächst. Ein annehmbares und sicheres Einkommen zugleich, annehmbar, weil sie ihr Einkommen durch agitatorische Tätigkeit aus den Einnahmen erhöhen und diese Einnahmen durch Erhöhung der Beiträge heraufsetzen können; sicher, weil die an die Mitglieder zu zahlenden Unterstützungen freiwillige sind und ein Klagerecht darauf nicht zugestanden wird. Um welche Summen es sich da handelt, vermag der Abschluß der freien Gewerkschaften für das Jahr 1910 zu beweisen, nachdem bei Gesamtausgaben von rund 58 Millionen Mark die Kosten für Verwaltung, Agitation usw. 19 Millionen, also mehr als 30 Prozent betrugen.“

Der gute Mann serviert hier in seinem Haß gegen die Arbeiterbewegung und in seiner Unkenntnis des gewerkschaftlichen Verfassungswesens Unwahrheiten und Verleumdungen über die „Führer“ in der Gewerkschaftsbewegung.

Es ist nicht wahr, daß den „Führern“ das ausschließliche Verfügungsrecht über die Ausgaben zusteht. Wochen-, ja monatelang stehen etwaige Statutenänderungen in den Gewerkschaftsorganen zur Debatte, die Stellung des einzelnen Mitglieds zu den speziellen Fragen ist ausschlaggebend für die Delegation zur Generalversammlung, welch letztere über die Änderungen entscheidet. Von einem ausschließlichen Verfügungsrecht der „Führer“ kann also keine Rede sein. Auch die Behauptung, daß es den „einzelnen Führern“ überlassen wurde, im Bedarfsfalle die Beiträge zu erhöhen, ist falsch. Die regulären Beiträge werden nur von Generalversammlungen oder durch Urabstimmung erhöht und wo für spezielle Kämpfe 2c. Extrabeiträge ausgeschrieben werden, hat heute auch darüber meist nicht nur der Vorstand, sondern eine weit umfangreichere Vertreterkörperschaft beschlossen. Wenn der Scharfmacher dann von „unteren Organen“ spricht, die sich durch ihre Tätigkeit ein „annehmbares und sicheres Einkommen“ sichern, so dürften unter diesen unteren Organen ja nur die örtlichen Mitgliedschaften verstanden werden. Wer nichts kennt und weiß von gewerkschaftlichen Einrichtungen, wird nur zu leicht geneigt sein, auch diese „Belehrungen“ über das „annehmbare und sichere Einkommen“ auf Personen zu beziehen, umsomehr, als der Verfasser sich gleich hinterher die Fr—eiheit erlaubt, zu schreiben:

„Die Gewerkschaftsführer werden stets Unfrieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer halten müssen, wollen sie sich nicht selbst ihrer Existenz berauben.“

Wie sich der Scharfmacher die Möglichkeit, den Gewerkschaften das Genick zu brechen, vorstellt, beschreibt er folgendermaßen:

„Gewiß soll das Koalitionsrecht den Arbeitern zugestanden bleiben; aber solange die daraus entstehenden Rechte nicht einklagbar sind, solange der Arbeiter die Freiwilligkeit aller Ansprüche anerkennen muß, solange die Gewerkschaften bei ungerechten Streiks (d. h. wohl bei Tarif- und Kontraktbruch) nicht zum Schadenersatz herangezogen werden können, sei es zum vollen Ersatz des Arbeitsverlustes dem Arbeiter gegenüber oder dem Arbeitgeber gegenüber zum Ersatz seines Verlustes, solange ist das heutige Koalitionsrecht mit einem Mangel behaftet, der unsern Industriestaat unweigerlich dem Niedergang entgegenführt. Es wird immer von der äußersten Linken darauf hingewiesen, daß das Koalitionsrecht auch auf die staatlichen Betriebe und auf die Landwirtschaft ausgedehnt werden soll. Und das mit einem gewissen Rechte. Gewiß wird man dem Staate nicht zumuten, daß er Arbeiter ernährt, die ihn selbst umstürzen wollen; aber das gleiche wird doch von den Industriellen verlangt; er bezahlt seine Arbeiter, sorgt für Arbeit und auskömmlichen Lohn, trägt das Risiko, die Sorge seines Unternehmens allein und gilt als intolerant, wenn er seinen Arbeitern nicht das Recht zugesteht, ihn als Ausbeuter anzusehen, dem man im geeigneten Augenblick den Stuhl vor die Tür setzt. Völlig ungerecht ist aber die Vorenthaltung des Koalitionsrechts den Landarbeitern gegenüber, wenn es den Industriearbeitern eingeräumt ist; denn bei dem drohenden Kohlenstreik oder bei einem allgemeinen Industriearbeiterstreik stehen ebenso wichtige vitale Fragen auf dem Spiel als bei einem etwaigen Streik der Erntearbeiter, denen der selbständige Kleinbauernstand ein kräftiges Paroli zu bieten in der Lage ist.

Haben wir aber ein Koalitionsrecht mit verantwortlichen Führern, dann mögen ruhig Staat, Industrie und Landwirtschaft ein solches Koalitionsrecht anerkennen; es wird dann ein wirkliches Recht für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zugleich. Aus der Sozialdemokratie aber werden die berufsmäßigen Führer ausgeschaltet, und die übrigen, die aus ethischen Gründen der Sache dienen zu müssen glauben, werden, sie mögen wollen oder nicht, ihre Ansichten nachprüfen und zu wahren Stützen eines liberalen Staates werden.“

Bis der liberale Scharfmacher diese seine Zukunftshoffnungen realisiert sieht, dürfte ihm die Zeit reichlich lang werden. Sein Elaborat zeigt aber, wie hartnäckig diese Leute ihre Ziele verfolgen und wie notwendig es ist, daß die Arbeiterschaft jedem Versuch zur Verkümmerung des Koalitionsrechts mit allen Mitteln entgegentritt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Menschenfreund.

In den „Berliner Neuesten Nachrichten“ leitartikelt ein Dr. Molter über das Eheverbot, das den Beamtinnen auferlegt ist. Der Mann verteidigt das Eheverbot. Und er verteidigt es in so gehässiger Weise, daß es sich schon verlohnt, seine beamtenfeindlichen Ausfälle weiteren Kreisen zugängig zu machen.

Kürzlich ist ein Verband deutscher Post- und Telegraphenbeamtinnen gegründet worden. Der Verband fordert nun vor allem auch Aufhebung des Zölibats für die bei der Post angestellten Frauen. Dr. Molter, der sich schon darüber aufregte, daß die Lehrerinnen das Recht auf Eheschließung geltend machen, wendet sich in verstärktem Eifer gegen diese Forderungen des jungen Beamtinnenvereins, und er führt zur Begründung des Eheverbots den „schlechten Gesundheitszustand“ der in Frage kommenden Mädchen an. Das Organ des Beamtinnenvereins hat über die lange Wartezeit bis zur Anstellung und den Gesundheitszustand der in Frage stehenden Angestellten geschrieben:

„Um das (wegen Krankheit) drohende Gespenst der Dienstentlassung von sich abzuwenden, wird die Beamtin auch in kranken Tagen ängstlich bemüht sein, den traurigen Gesamtgesundheitszustand vor den Augen der Behörde oder des untersuchenden Arztes zu verbergen. Sie wird sich zum Dienst schleppen und unter Aufbietung der letzten Kräfte ihre Pflicht zu erfüllen suchen.“

Statt aus dieser Schilderung des Gesundheitszustandes nun die doch sehr naheliegende Folgerung abzuleiten, daß man den Beamtinnen größere Erleichterungen im Dienst gewährt und ihnen erst recht die Möglichkeit einer Eheschließung gibt, die größere häusliche Ordnung und Pflege ermöglicht, kommt Dr. Molter zu folgendem Ausfall auf die Beamtinnen:

„Da sich hieraus ergibt, daß trotz des verhältnismäßig leichten Dienstes bei einer durchschnittlichen Beschäftigungszeit von nur 43 Stunden in der Woche die Beamtinnen nach ihrer eigenen Aussage kaum in der Lage sind, den dienstlichen Anforderungen zu genügen, so bedarf es doch wohl eingehender Prüfung, ob Frauen überhaupt im Postdienst Verwendung finden können. Denn es liegt auf der Hand, daß eine solche Überanstrengung sehr bald zur völligen Dienstuntauglichkeit führen muß.“

An eine nicht besonders geschickte Bemerkung des Vereinsorgans anknüpfend, unterstellt Dr. Molter dann den Telephonistinnen, daß sie von der erlangten Pensionsberechtigung sofort Gebrauch machen und sich diese gewissermaßen nur erschleichen, um einer dauernden Rente sicher zu sein und dann heiraten zu können. Jedenfalls dürfe unter keinen Umständen die Eheschließung während der Beamtentätigkeit zugelassen werden; denn, wenn „ihr jetziger Dienst ihre Kräfte zum mindesten voll und ganz in Anspruch nimmt, müßte bei Übernahme neuer Pflichten, die doch notwendig mit einer Heirat verbunden seien, eine Teilung der Kräfte erfolgen, der Dienst oder die Familie müsse unter dieser Halbheit leiden. Der Grund, warum die Aufhebung des Zölibats erstrebt werde, sei nur darin zu suchen, daß die Beamtinnen den dienstlichen Beruf als leichtes Mittel zur Erreichung der Eheschließung betrachten. Nicht um des Berufes willen werde die Heiratserlaubnis während des bestehenden Dienstverhältnisses gefordert, sondern einzig und allein zwecks Schaffung von erweiterter Heiratsmöglichkeit, wobei der in Aussicht stehende Verdienst der Frau als Beitrag zur wirtschaftlichen Grundlage der Ehe in Betracht kommen soll.“

Es lohnt sich Herrn Molter gegenüber nicht, auf all die Gründe hinzuweisen, die gegen das Zölibat der Lehrerinnen und im staatlichen Dienst befindlichen Mädchen sprechen; der Mann würde sie doch nicht verstehen oder bei seiner Voreingenommenheit verstehen wollen. Es ist aber gut, wenn der zur Schau getragenen Beamtenfreundlichkeit jener Kreise gegenüber, die in den „Berl. Neuesten Nachrichten“ ihr Sprachrohr sehen, solche plumpen Ausfälle niedriger gehängt werden. Brutaler kann sich der Unternehmerstandpunkt, daß der Angestellte ohne Rücksicht auf seine persönlichen Bedürfnisse einzig und allein als Ausbeutungsobjekt zu dienen habe, gar nicht dokumentieren, als in dieser Verteidigung des Beamtinnenzölibats.

Die Durchpeitschung der Wehrvorlage.

In einem offiziösen Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ wird ausgeführt:

„In militärischer Hinsicht ist als spätester Termin für die beabsichtigte Aufstellung von Neuformationen der 1. Oktober anzusehen. Doch muß der Heeresverwaltung für die umfangreichen Vorbereitungen die erforderliche Zeit gelassen werden. Deshalb müsse gefordert werden, daß die Vorlagen noch im Mai vom Reichstage verabschiedet werden. Angesichts der französischen, russischen und englischen Rüstungen würden wir bei weiterer Verzögerung der Wehrvorlage immer mehr ins Hintertreffen geraten.“

Der Reichstag müßte es eigentlich ablehnen, sich auf die hier geforderte Durchpeitschung der Wehrvorlagen einzulassen. Die Heeresverwaltung hat hinlänglich Zeit gehabt, ihre Vorlagen abzuschließen, und es lag kein Hindernis im Wege, dem Reichstage die Wehrvorlagen bereits vor einigen Wochen zugehen zu lassen. Die Absicht der Heeresverwaltung geht aber darauf hinaus, nach Möglichkeit eine eingehende Kritik ihrer Forderungen zu verhüten. Daß die Durchpeitschung notwendig sein solle, damit die Neuformationen zum 1. Oktober aufgestellt werden können, das glaubt kein Mensch, der mit den Gepflogenheiten der Heeresverwaltung auch nur einigermaßen vertraut ist. Ohne jeden Zweifel ist heute schon alles fix und fertig, es bedarf nur noch der Verabschiedung der Vorlage durch den Reichstag.

Was in dem Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ sonach als Begründung für die Notwendigkeit einer beschleunigten Beratung angeführt wird, sind nichts weiter als leere Behauptungen, mit denen man aber glaubt, auf die bürgerlichen Parteien und auf die Öffentlichkeit einen gewissen Eindruck zu machen.

Zuerst bestand der Plan, die Wehrvorlagen möglichst ohne Kommissionsberatung im Reichstage durchzudrücken. Anstrengungen nach dieser Richtung hin sind bei den maßgebenden bürgerlichen Fraktionen unternommen worden. Dieser Plan ist offenbar gescheitert, und nachdem die Budgetkommission noch einige Wochen hindurch zu tun hat, um die Beratung des Etats zu Ende zu führen, will man neuerdings dem bereits fallen gelassenen Plan, die Wehrvorlagen einer besonderen Kommission zu überweisen, doch wieder näher treten. — In einem angeblich aus parlamentarischen Kreisen stammenden Artikel, der durch eine Anzahl bürgerlicher Zeitungen läuft, wird angeregt, die Beratung der Militärvorlage derart zu beschleunigen, daß noch vor Pfingsten die Arbeiten der Kommission abgeschlossen werden können, sodaß dann der Reichstag lediglich nach Pfingsten noch zu einer kurzen Nachsession zusammentreten müßte. Genau so wie seinerzeit bei der Verabschiedung der Steuergesetze sollen dann offenbar die Pfingstferien zur Fertigstellung des Kommissionsberichtes benutzt werden. Für uns Sozialdemokraten hat die Sache durchaus keine solche Eile, und wenn wir auch die An-

nahme der Wehrvorlagen nicht verhindern können, so werden wir doch darauf hinwirken, daß eine geordnete Beratung stattfindet. Es handelt sich um Ausgaben von mehr als 300 Millionen Mark, die in drei Jahren aufgebracht werden müssen, und da lohnt es sich schon, die Berechnungen so zu gestalten, daß das Volk auch nach jeder Hinsicht volle Aufklärung bekommt.

Die Arreststrafe für untere Beamte bleibt.

Der Bund deutscher Militäranwärter hat wiederholt um Abschaffung der Arreststrafe für untere Beamte an das preußische Abgeordnetenhaus petitioniert. Die Petitionskommission hatte die Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Regierungsseitig wurde, wie jetzt verlautet, erklärt, daß man auf diese Strafe nicht verzichten könne, da die Polizei, bei der sie nur noch angewendet wird, vor besonders schwierige Aufgaben gestellt sei und die Erfüllung dieser Aufgaben nur unter strengster Wahrung der Disziplin mit Sicherheit zu erreichen ist. — Die Beamten werden von dieser Antwort nicht erfreut sein.

Die Ostmarkenzulage gerettet.

Nach vorliegenden Meldungen ist über die Ostmarkenvorlage ein Vermittelungsvorschlag zustande gekommen, der im Reichstage und bei der Regierung Aussicht auf Annahme hat. Nach dem Vorschlage soll — wie das auch die sozialdemokratischen Redner im Reichstage empfahlen — an Stelle der bisher von Reichs wegen den Postbeamten im Osten gezahlten 10prozentigen Gehaltszuschläge für alle zweisprachigen Landesteile eine Sprachenzulage geschaffen werden, die in nach oben geminderter Staffelung den unteren und mittleren Beamten gezahlt werden soll, die in solchen Bezirken tätig sind. Die Zulage ist für die Gehaltsstufen bis zu 2000 Mk. mit 15 Prozent, für die Gehälter von über 4000 Mk. mit nur 5 Prozent gedacht. Sie soll u. a. Anwendung finden auf die Westmark, wo französische, und in Malmedy, wo wallonische Sprachkenntnisse vonnöten sind, für die Nordmark, für Litauen, unter der Kategorie vorwiegend polnisch sprechenden Gegenden auch auf Orte im rheinländisch-westfälischen Industriegebiet, wie Recklinghausen, für die alten Wendensitze in der Mark und in Sachsen, im Spreewald und bei Bautzen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten würden zwei Millionen betragen.

Im zweiten oldenburgischen Reichstagswahlkreise haben nach einer Meldung des „Berliner Lokal-Anzeigers" die Nationalliberalen den Hamburger Rechtsanwalt Dr. Albrecht als Kandidaten aufgestellt.

Der Krach bei den Nationalliberalen.

Die Auseinandersetzungen im nationalliberalen Lager zwischen dem rechten und dem linken Flügel zeigen, daß der Riß tiefer geht, als es selbst nach den Verhandlungen in der jüngsten Sitzung des Zentralverbandes schien. Ein süddeutscher Nationalliberaler berichtet der „Frankfurter Zeitung, daß in der nationalliberalen Partei auch eine Sonderorganisation der mehr rechtsstehenden Elemente, die sich als „Altliberale" bezeichnen, schon seit mehr als einem Jahre besteht. Dieser süddeutsche Nationalliberale erzählt weiter über die Vorgänge in der nationalliberalen Partei:

„Schon vor dem Parteitag in Kassel hatte Generalsekretär Zabel in Dortmund die Absicht kundgegeben, die Westfalen von der Partei loszutrennen. Damals scheiterte der Plan an der Ablehnung des Herrn Haarmann, der die Zeit für solche Trennung nicht für gekommen hielt und sich in Kassel von der überwiegenden Stimmung für Bassermann überzeugte. Seit dieser Zeit ist systematisch daran gearbeitet worden, diesen Staat im Staate zu fundieren und weiter auszubauen. Zunächst bekamen die Westfalen Sukkurs aus der Wormser Ecke des Freiherrn v. Heyl. Zu Westfalen und Worms traten zwei neue Provinzen hinzu: Schleswig-Holstein und die Provinz Sachsen. Erstere unter dem Einfluß des sehr strebsamen und als unabhängiger Mann über seine Zeit frei verfügenden Landtagsabgeordneten Schifferer, der, wie mehr als einmal deutlich zu erkennen war, nach der Führerrolle in der nationalliberalen Partei strebt.

In der Provinz Sachsen ist Herr Schiffer, der Landtagsabgeordnete für Magdeburg, die tatsächlich maßgebende Persönlichkeit, die diese Provinz in gouvernementalem Sinne beeinflußt. Zu diesen Gruppen traten neuerdings noch Hamburg und Braunschweig hinzu, nachdem die frühere Bassermannsche Richtung in Hamburg seit Fortgang des Generalsekretärs Zimmermann nicht mehr in dem ehemaligen Fahrwasser segelt. Diese Gruppen haben sich nun zu einer festen Vereinigung zusammengeschlossen.

Es findet fortwährend ein reger Schriftwechsel zwischen den Einzelorganisationen statt, und von Zeit zu Zeit treten diese „Altliberalen" in Berlin zu eigenen Versammlungen zusammen. Man wird sich noch entsinnen, daß 24 Stunden nach der Präsidentenwahl im Reichstage plötzlich eine anonyme Kundgebung von Vertrauensmännern der nationalliberalen Partei erschien. Diese Vertrauensmänner waren die gerade wieder einmal in Berlin unter Teilnahme von Haarmann und Schifferer versammelten „Altliberalen".

Bei der Stimmabgabe für den Sozialdemokraten Scheidemann als Vizepräsidenten stand, nachdem Spahn gewählt worden war, Herr Schiffer im Vordertreffen, obwohl er später durch eine Erklärung in der „Nationalliberalen Correspondenz" es so hinzustellen suchte, als ob er diese Stimmabgabe nur zugelassen habe, während man in den Wandelgängen des Reichstages es von jedem hören konnte, daß Herr Schiffer von Platz zu Platz im Reichstage gegangen sei, um seine Fraktionskollegen zu dieser Stimmabgabe zu veranlassen.

Bei der Preßbeeinflussung gegen Bassermann kamen den „Altliberalen" auch ihre guten und oft ausgenutzten Beziehungen zum Preßbureau des Amtes zugute, das sich, wie schon vor Kassel, bemüht, der altliberalen Richtung zum Siege zu verhelfen, da mit diesem ja die Sehnsucht des Herrn von Bethmann-Hollweg erfüllt sein würde.

Es geht also um die Zukunft der nationalliberalen Partei. Die Entscheidung auf dem Delegiertentag wird wesentlich, oder man kann sagen, ganz allein von Bassermann abhängen. Noch hat er auf dem Tage die Mehrheit, zumal seinen Gegnern, trotz allen Eifers und einer glänzend geschickt durchgeführten Organisation, das Wesentliche fehlt: nämlich der Kandidat für den Führerposten, der jetzt die Führung übernehmen könnte. Denn ein Hindernis tritt dem Vordringen der „Altliberalen" entgegen: die Reichstagsfraktion. Sie steht mit Ausnahme der Herren Schiffer und Schwabach und des zugleich dem „Hansabund" und dem „Bund der Landwirte" angehörenden Herrn Bartling ziemlich geschlossen hinter Bassermann."

Man darf also auf dem Parteitage am 12. Mai interessante Auseinandersetzungen erwarten, die vielleicht zu einer Machtprobe der beiden Gruppen sich auswachsen. Bekanntlich hat die Reichstagsfraktion der Nationalliberalen gefordert, daß alle ihre Mitglieder dem Zentralvorstand ohne weiteres angehören sollen. Für den Fall der Erfüllung dieser Forderung stellt die preußische Landtagsfraktion den gleichen Antrag für alle ihre Mitglieder. Jetzt wollen die hessischen Nationalliberalen ebenfalls beantragen, daß auch die Mitglieder der hessischen Zweiten Kammer in den Zentralvorstand aufgenommen werden. Wenn die Fraktionen der übrigen Landtage folgen, dann würde der „Zentralvorstand" zu einer großen arbeitsunfähigen Körperschaft.

Die lückenhafte Heeresvorlage.

Endlich soll das Dunkel, das über der Militärvorlage noch immer lagert, behoben werden. War das deutsche Volk über die in Aussicht stehende neue schwere Belastung nur durch mangelhafte halbamtliche Veröffentlichungen dürftig orientiert, so soll nunmehr an diesem Montag, also am 15. April, dem Tage vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages, die ganze Vorlage den Abgeordneten unterbreitet werden, nachdem sie vom Bundesrat angeblich endgültig angenommen worden ist.

Kann nun schon das, was in der Vorlage nach den halbamtlichen Erklärungen gefordert wird, dem deutschen Michel die Haare sträuben machen, so genügt das den Interessenten der Heeresvorlage noch lange nicht. Wie auf ein Kommando erheben die Fürsprecher dieser Interessenten ihre Stimme, um die Vorlage zu einer lückenlosen zu machen. Da fordert die konservative „Post" mehr Pioniere; mindestens zehn Bataillonsstäbe und fünf Kompagnien mehr als in der Vorlage gefordert werden. Eigentlich seien sechs neue Batterien und durchweg die vierten Kompagnien nötig. Die „Tägliche Rundschau" verlangt mehr Train und noch mehr Kavalleriedivisionen. „Wenn nicht die halbamtliche Mitteilung in dieser Beziehung unvollständig ist, was man durchaus hoffen muß, dann ist zu sagen, daß die neue Heeresvorlage eine offenbar bestehende Schwäche von erheblicher Tragweite nicht beseitigt. Und es kann dann nur der dringende Wunsch ausgesprochen werden, daß über den jetzigen Entwurf hinaus mit der erforderlichen Reorganisation des Trains vorgegangen wird." — Andere Blätter verlangen mehr Luftschiffe usw.

Soll mit diesen Forderungen die Überraschung, die die Heeresvorlage bringen wird, abgeschwächt werden? Je mehr die rechtsstehenden Blätter an Heeresvermehrung verlangen, umso weniger berühren sie aber die Deckungsfrage. In einer kurzen Notiz, die offenbar von zuständiger Stelle in die Blätter lanziert wurde, heißt es nur: „Auch bezüglich der Deckungsfrage ist im Bundesrate Übereinstimmung erzielt worden. Es wird als einzige Vorlage in dieser Beziehung dem Reichstage der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Beseitigung des Branntweinkontingents unterbreitet werden." Und in einer Notiz der „Tägl. Rundschau" wird gesagt, daß die im Jahre 1911 gesetzlich festgelegten Reichsüberschüsse wieder freigemacht werden müssen. Im übrigen werde die neue Wehrvorlage in der Budgetkommission gemeinsam mit dem Reichsetat behandelt und verabschiedet werden.

In Aussicht sind also: Neue erhebliche Reichspumpe, neue Steuern!

Se. Majestät v. Kröcher.

Der starke Mann, Junker Kröcher, ist zwar nicht vom Papst heilig gesprochen, aber von einem Amtsrichter zur Majestät erklärt worden. Man lese und staune: Im Wahlkreise Salzwedel-Gardelegen stand bekanntlich der Bauernbündler Dr. Böhme in Stichwahl gegen Herrn von Kröcher. Als in einer zu Clüden abgehaltenen Wahlversammlung ein Hoch auf Kröcher ausgebracht wurde, stand der Lehrer Mumm nicht mit auf und wurde dafür nachher, wie der „Altmärker" berichtet, von konservativer Seite mit Schmähungen bedacht. Das Amtsgericht zu Gardelegen verurteilte die Exzedenten wegen Beleidigung des Lehrers zu Geldstrafen. Lehrer Mumm aber mußte sich dabei eine eigenartige „Belehrung" durch den Amtsrichter gefallen lassen: Er habe wissen müssen, daß bei der allgemeinen Verehrung, die v. Kröcher genieße, auch ein Hoch auf ihn ausgebracht werden würde, da hätte er entweder der Versammlung fernbleiben sollen oder aber soviel Anstand zeigen müssen, bei dem Hoch mit aufzustehen. — Wer lacht da?

Frankreich.

Der Präsident der Kammer, Brisson, ist gestern vormittag gestorben.

Rußland.

Eine untergehende Universität. Aus Odessa wird uns geschrieben: Noch vor wenigen Jahren war eine der blühendsten Universitäten Rußlands die Odessaer. Es gibt Namen von Klang, deren Ruhm von dieser Hochschule ausging, so die Namen von Metschnikow, Setschenow, A. Kowalewsky u. a. Wie die Stadt Odessa selbst eine Kulturmetropole ersten Ranges war, so galt ihre Universität als Hort der freiheitlichen Gesinnung. Dieser Zustand hat sich dann infolge der mehrjährigen Herrschaft und der Machenschaften Tolmatschows, infolge unerhörter Maßregelungen unbequemer Professoren dermaßen verändert, daß die Odessaer Universität heutzutage dem Ruin entgegengeht. Selbst quantitativ ist der Rückgang ein beispielloser: statt der ehemaligen fünftausend Studenten weist jetzt die Universität nur noch zweitausend auf, und auch diese Zahl dürfte bald zusammenschrumpfen. Es nützt nichts, daß die „echtrussisch" gewordene Hochschule den reaktionären Studenten die größten Vergünstigungen erweist. Erst dieser Tage konnte die Presse eine ganze Liste von Odessaer Studenten veröffentlichen, denen trotz ihrer bewährten und offiziell markierten Faulheit „wegen ihrer loyalen Gesinnung" große staatliche Stipendien zugewendet werden. Die Zahl der „echt russischen" Studenten ist im allgemeinen aber zu gering, und die andere Jugend, selbst die gemäßigte, flieht von der Odessaer Universität wie von einer verseuchten Stätte davon. So weit ist es in Odessa gekommen, daß hier vor kurzem eine Gruppe reaktionärer Professoren das Ministerium für Volksaufklärung um Aufhebung der Prozentnorm für die Zulassung von jüdischen Ärzten zu den Assistentenstellen anging. Denn immer mehr stirbt alles in den Laboratorien, Auditorien und Kliniken aus; leer stehen die neuen Gebäude und nur gering ist die Schar der Zuhörer, welche die von Tolmatschow herangezogenen „echtrussischen" Nullen in ihrer Eigenschaft als Universitätslehrer um sich zu sammeln verstehen.

Wie sollte es anders sein, da auch schon äußerlich die Räume der Odessaer Universität immer mehr Polizeirevieren gleichen? In den Hörsälen der Hochschule lungern haufenweise zu Spitzeldiensten bestellte Schutzleute, die oft in ein tolles Treiben verfallen und mit ihrem Hallo das Polizeiregiment dokumentieren. Es kommt nicht selten vor, daß Professoren mehrmals ihre Vorlesung unterbrechen und die in den Nachbarauditorien lärmenden und singenden Universitätsschutzleute flehentlich um Ruhe bitten, damit sie ihre Vorlesung fortsetzen können.

Nirgends in der Welt gibt es wohl eine Universität mit derartigen heillosen Zuständen. Der Schöpfer dieser Situation, der ehemalige Gebieter Odessas, Tolmatschow, ist zwar wegen seiner grandiosen Unterschlagungen fortgeschwemmt, aber die von ihm zum Rektor erwählte Kreatur, ein gewisser Lewaschow, wirtschaftet auch unter dem neuen Stadthauptmann Sosnowski fort, und so ist keine Aussicht vorhanden, daß die Odessaer Universität bald andere Tage erleben dürfte. Die vom „echten" Russentum, von Spionage und Protektion zerfressene Hochschule scheint endgültig dem Untergang geweiht zu sein.

China.

Zu einer großen Meuterei ist es in der Nacht zum Freitag in Nanking gekommen. An derselben beteiligten sich 1500 Soldaten, welche die Kasernen verließen, ihre Gewehre abschossen, mehrere Dörfer um Nanking abbrannten und dort Plündereien begingen. Sodann drangen sie wieder in die Stadt ein und setzten hier ihre Raubzüge fort. Beim Anbruch des Tages wurden die Meuterer von loyalen Truppen in die Kasernen zurückgetrieben und ergaben sich nach kurzem Widerstande. Soldaten, die man im Besitz von Beute fand, wurden ohne weiteres erschossen. Die übrigen wurden gezwungen, die Waffen niederzulegen. Gegen Mittag hatten 10 000 loyale Truppen die Vorstädte besetzt. Um 4 Uhr nachmittags kam es zu einem heftigen Kampf zwischen Meuterern, die sich in den Häusern versteckt hatten, und loyalen Truppen. Auf der Straße sah man viele Leichen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 15. April.

Zuzug von Arbeitern und Arbeiterinnen nach dem Stanz- und Emaillierwerk von Karl Thiel und Söhne ist streng fernzuhalten.

Achtung Landschaftsgärtnereiarbeiter! Sämtliche Landschaftsgärtnereibetriebe Lübecks sind gesperrt. Zuzug von gelernten und ungelernten Arbeitern ist streng fernzuhalten.

Achtung, Küper, Böttcher! Bei der Hamburg-Amerika-Linie, Werkstätten Hamburg-Kuhwärder, haben die Küper infolge der erbärmlichen Entlohnung mal wieder zur Arbeitseinstellung schreiten müssen. Anläßlich des Werftarbeiterstreiks vor nahezu zwei Jahren kam eine Lohnaufbesserung von 1 bis 2 Pfg. pro Stunde zustande, so daß zurzeit der Stundenlohn 48 bis 51 Pfg. beträgt. Infolge der außerordentlichen Teuerung, veranlaßt durch die exorbitanten Zölle und Steuern, stellten die Küper die geradezu zu bescheidene Forderung um Erhöhung des Stundenlohnes auf 53 resp. 56 Pfg.

Wie immer, so auch jetzt wieder kann dieser Großbetrieb, welcher märchenhafte Überschüsse erzielt (zirka 30 000 000 Mark jährlich), diese minimale Aufbesserung nicht tragen. Wenn man bei dem obigen Lohn, der pro Woche 28,80 Mark bis 30,60 Mark beträgt, noch den Abzug der Beiträge für die Betriebskasse, den Abzug der Invalidenbeiträge und des aufzuwendenden Fahrgeldes in Betracht zieht, so kann jeder vernünftig denkende Mensch einsehen, daß der angeführte Stundenlohn in der heutigen teuren Zeit entschieden zu gering ist. Können die Herren Direktoren das nicht begreifen, dann wäre ihnen wirklich zu empfehlen, mit dem angeführten Stundenlohn einmal vier Wochen ihre Lebenshaltung zu fristen.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Küper von Hamburg-Altona sind im allgemeinen bessere als bei der Hamburg-Amerika-Linie. Bei den Küpermeistern wird seit 1910 ein Stundenlohn von 67 bis 70 Pfg. gezahlt. Der „Hapag" ist zu empfehlen, sich dieser Entlohnung, welche man notgedrungen haben muß, in Bälde anzuschließen.

Wir richten den dringenden Appell an alle Küper (Böttcher), die Kollegen der Hamburg-Amerika-Linie in ihrem so notwendigen Kampfe durch strengste Solidarität zu unterstützen. Keiner werde zum Verräter! Über die Werkstätten der „Hapag" ist die Sperre verhängt.

Zentralverband deutscher Böttcher,
Zahlstelle Hamburg.

Von einer „Kraftleistung radikal-sozialdemokratischer Vergewaltigung" phantasieren die „Lübeckischen Anzeigen", weil die Genossen in Solingen Herrn Gerhard Hildebrand aus der Partei ausgeschlossen haben, der durch Wort und Schrift bewiesen hat, daß er nicht auf dem Boden des sozialdemokratischen Parteiprogramms steht. Es ist doch wirklich rührend anzusehen, wie besorgt unser Amtsblatt ist, daß ja gewisse Leute, die unsern Gegnern so schönes Material liefern, der Sozial-

Demokratie erhalten bleiben. Das ist übrigens einer der vielen Unterschiede zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien, daß wir von unsern Anhängern verlangen, daß sie unsere Grundsätze anerkennen, während die Mitglieder der bürgerlichen Parteien auf ihre papiernen Programme pfeifen. Wer darin „Kadavergehorsam" sieht, der macht sich als Politiker nur lächerlich.

Kontrollversammlungen auf dem Pockenhof. Am Dienstag, dem 16. April, vormittags 9 Uhr, für sämtliche Ersatzreservisten der Jahresklassen 1903 und 1904. Am Dienstag, dem 16. April, vormittags 11 Uhr, für sämtliche Ersatzreservisten der Jahresklassen 1905 und 1906.

R. **Eine gefährliche Diebesbande** stand am Sonnabend, dem 13. April vor den Schranken der hiesigen Strafkammer. Die Mitglieder der Bande haben hier vor einiger Zeit große aufsehenerregende Einbrüche verübt. Angeklagt waren der Buchdrucker Friedrich Petersen, der Schleifer Albert Knaack wegen Diebstahls und die Lumpenhändlerin Knaack und der Hausdiener Otto Schramm wegen gewerbsmäßiger Hehlerei. Die Angeklagten, die aus Altona stammen, sind sämtlich vorbestraft, u. a. auch mit Zuchthaus. Der Sachverhalt ist folgender: Im Februar dieses Jahres kamen die Angeklagten überein, nach Lübeck zu fahren und hier ordentlich zu „arbeiten". Die Diebesbande, die charakteristisch für das dunkelste Hamburg-Altona ist, betrieb ihr „Gewerbe" auf raffinierte Weise in großem Stile. Knaack, der Sohn der Angeklagten, und der Buchdrucker Petersen fuhren am 16. Februar hierher und mieteten sich in der Schwönekenquerstraße ein. Von hier aus unternahmen sie nun Streifzüge. Ihr erster Besuch galt der Frau P. in der Kronsforder Allee, bei der sie schon in der ersten Nacht einbrachen, also vom 16. zum 17. Februar. Was sie nur erwischen konnten, packten sie in einen Korb, so Kleider, Wäsche, Silbersachen usw., alles zusammen im Werte von 3000 Mk. Nachdem sie die Beute sicher verpackt hatten, warteten sie den Morgen ab, um dann den Korb abzuholen, da das Transportieren der Beute am hellen Tage nicht so sehr auffallen sollte. Den zweiten Einbruch verübten sie erst nach einer Pause von einer Woche und zwar am Abend des 25. Februar in der Kaiser-Friedrich-Straße bei dem Lehrer Th., der mit seiner Schwester ausgegangen war. Hier zertrümmerten sie ein Fenster der Parterrewohnung, so daß Knaack in das Schlafzimmer steigen konnte. Mit einer Beute im Betrage von ungefähr 100 Mk. traten sie den Heimweg an. Bald darauf wurden aber die Einbrecher abgefaßt, nachdem sie nämlich ihren letzten Einbruch bei der Frau B. in der Körnerstraße verübt hatten, wo sie ebenfalls durch Einschlagen der Fenster in die Wohnung gelangten und allerlei Gegenstände im Werte von zirka 167 Mark mitgehen hießen. Die gestohlenen Sachen hatten die Verbrecher nach Altona gesandt, wo Frau Knaack und der Angeklagte Schramm, der in Verbrecherkreisen unter dem Namen „Maxe" bekannt ist, sie verkaufen sollten. Ehe sie jedoch dazu kamen, wurden die beiden verhaftet, nachdem eben schon die zwei Spitzbuben dingfest gemacht worden waren. Die Angeklagten waren im allgemeinen geständig. Petersen und Knaack suchten Frau Knaack herauszureißen. Sie bestritt auch ganz entschieden, sich der Hehlerei schuldig gemacht zu haben, jedoch war ein Brief, den die Polizei abgefangen hatte, für sie verräterisch. Der Staatsanwalt beantragte gegen Petersen 6 Jahre, gegen Knaack 5 Jahre, gegen Schramm 3 Jahre und gegen Frau Knaack 2 Jahre Zuchthaus; das Urteil des Gerichtes lautete auf 8 Jahre, bezw. 5 Jahre, 3 Jahre und 1 Jahr Zuchthaus. Außerdem wurden den beiden erstgenannten Angeklagten die Ehrenrechte auf die Dauer von je 10 Jahren und den beiden anderen auf die Dauer von je 5 Jahren aberkannt. Desgleichen sollen sämtliche Angeklagte unter Polizeiaufsicht gestellt werden. — Als ein weiteres Mitglied der Verbrecherzunft präsentierte sich der 25jährige „Arbeiter" Seeler von hier, der trotz seiner Jugend schon wiederholt wegen Diebstahls usw. hinter eisernen Gardinen gesessen hat. Neben ihm mußte der 18jährige Arbeitsbursche B—er auf der Anklagebank Platz nehmen. Die beiden Angeklagten hatten eines Tages mit einem Kollegen auf dessen Kosten gezecht. Als sie dann auf die Herrenbrücke kamen, riß Seeler dem gutmütigen Spender das Portemonnaie aus der Hand und floh in den nahen Wald, wo er von seiner Beute 4 Mk. dem B. gab. Dieser empfand aber bald Reue und gab daher das Geld dem S. zurück, weil er mit der Sache nichts zu tun haben wollte. Seeler, der noch einen anderen Diebstahl auf dem Kerbholze hatte, wurde zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der andere war noch unbescholten und kam daher mit drei Tagen Gefängnis davon. — Zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis wurde weiter der Gärtner S., der bereits wegen Urkundenfälschung vorbestraft ist, verurteilt. Er hatte drei Wechsel auf einen falschen Namen ausgestellt.

Beleidigung eines Stationsvorstehers. Rechtsanwalt W. in Lübeck war am 16. Juli 1911 in Segeberg und wollte nach Lübeck zurückkehren. Es herrschte an dem Fahrkartenschalter starker Andrang. W. wurde ungeduldig und trat aus der Reihe heraus. Der Bahnhofsvorsteher, der allerdings seine rote Dienstmütze nicht aufgesetzt hatte, wies ihn zurück. Darauf sagte W.: „Halten Sie den Mund, Sie Ausverschämter. Sie haben hier gar nichts zu sagen." Bahnhofsvorsteher J. stellte Strafantrag und W. wurde in erster Instanz zu 50 Mk. Geldstrafe, von der Strafkammer Kiel dagegen zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die hiergegen von W. eingelegte Revision wurde vom Strafsenat des Oberlandesgerichts in Kiel verworfen.

Schwankende Gesundheit. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich bis zum Ende des Monats März im allgemeinen wenig verändert. Die Sterblichkeit ist in der letzten vollen Märzwoche vom 24. bis zum 30. in den meisten deutschen Städten dieselben geblieben, wie in der Vorwoche. Auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet, starben in den Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern in Altona 19,4, Berlin 14,3, Braunschweig 16,4, Bremen 15,5, Hamburg 14,5, Hannover 14,6, Karlsruhe 18,3, Kiel 13,7, Königsberg i. Pr. 18,9, Leipzig 11,7, Lübeck 13,9, Magdeburg 15,8, München 15,8.

Arbeiterrisiko. Beim Abbruch der „Loge zur Weltkugel" ereignete sich heute vormittag kurz vor 11 Uhr ein schwerer Unfall, indem der Bauarbeiter Schacht im Lichtschacht etwa 1½ Etage hoch hinabstürzte und sich einen Bruch des rechten Beines beim Knöchel zuzog. Der Bedauernswerte mußte mittels Droschke nach seiner Wohnung gebracht werden. Herr Dr. v. Thaden leistete ihm ärztliche Hilfe.

Handelsregister. Am 12. April 1912 ist eingetragen: 1. die Firma: Chemische Werke Paap u. Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Der Erwerb, die Fortführung und Erweiterung des von der chemischen Fabrik Trave, Gesellschaft mit beschränkter Haftung bisher betriebenen Fabrikunternehmens zu Schlutup, die Angliederung anderer industrieller Betriebe an dieses Unternehmen, sowie der gewerbsmäßige Abschluß anderweitiger Geschäfte, welche hiermit mittelbar oder unmittelbar zusammenhängen. Stammkapital: 150 000 Mk. Geschäftsführer: Paap, M. L., Kaufmann zu Lübeck, Freiherr von Ompteda, Chr. M. K. L., Gutsbesitzer zu Büchen. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 1. April 1912 festgestellt. Durch Beschluß der Gesellschafter vom 10. April 1912 ist § 8 des Gesellschaftsvertrages aufgehoben. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so erfolgt die Vertretung der Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen gemeinschaftlich. Die Bekanntmachungen erfolgen im „Deutschen Reichsanzeiger"; 2. bei der Firma St.-Lorenz-Nord-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck: Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers H. C. E. Propp in Lübeck ist beendigt. Die Kaufleute E. M. C. Viechelmann und J. F. Benthin, beide in Lübeck, sind zu Geschäftsführern bestellt; 3. bei der Firma Wilhelm Schulze, Lübeck: Jetziger Inhaber: H. V. K. G. F. Schulze, Kaufmann in Lübeck. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten des früheren Inhabers auf den Kaufmann H. Schulze ist ausgeschlossen. Die Prokura des Hans Schulze ist erloschen.

pb. **Urkundenfälschung und Betrug.** Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Dresden, der sich eines Betruges und einer Urkundenfälschung dadurch schuldig gemacht hat, daß er mit einem gefälschten Bestellschein bei einem in der Braunstraße wohnhaften Vertreter eines Margarinewerkes ein kleines Faß Margarine erschwindelte. Derselbe Arbeiter hat auch den in der Adlerstraße wohnhaften Vertreter einer Dresdener Zigarettenfabrik um 14 Mark Zigaretten geschädigt.

pb. **Fahrraddiebstahl.** In verflossener Nacht wurde ein vor dem Hause eines Gastwirtes an der Untertrave aufgestelltes Fahrrad gestohlen. Das Rad hat schwarzes Gestell und Felgen. Das vordere Schutzblech, ist breiter als das hintere, Der rechte Griff an der Lenkstange ist verbogen. Das Rad trägt die Marke „Hammona" und die Polizeinummer 7352.

pb. **Verhaftete Einbrecher.** Festgenommen wurden zwei Nieter von hier, die in der Nacht zum 12. d. M. in einem hiesigen Zigarrengeschäft einen Einbruchsdiebstahl verübt hatten. Die gestohlenen Zigarren und Zigaretten pp. konnten wieder herbeigeschafft werden.

Ringkampf. Dienstag beginnen die internationalen Ringkämpfe. Es werden täglich vier Kämpfe ausgefochten. Gerungen wird nach den Vorschriften des J. R. V. Außerdem vorher ein vorzügliches Variete-Programm. Anfang der Varietevorstellungen 8½ Uhr, der Ringkämpfe 9½ Uhr.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Fina Widhalm, unsere beliebte jugendliche dramatische Sängerin, hat die letzten Wochen eifrig dazu benutzt, sich dem Studium der „Carmen" zu widmen. Die Direktion will der Künstlerin Gelegenheit geben, sich in dieser neuen Partie dem Publikum zu zeigen und hat die Oper deshalb für heute, Montag, den 15. d. M. angesetzt. Man darf also dieser Aufführung mit erhöhtem Interesse entgegensehen. Am Dienstag, dem 16. April wird der hier im besten Andenken stehende Künstler Karl Erb im Stadttheater gastieren und zwar als „Hoffmann" in „Hoffmanns Erzählungen." Da diese Partie neben seinem „Lohengrin" zu seinen Glanzrollen zählt, bedarf es keines besonderen Hinweises, um das Haus bis auf den letzten Platz zu füllen.

Hamburg. Ein furchtbarer Unglücksfall auf der Vulkanwerft. Die Todeswerft hat schon wieder Opfer gefordert, und wieder sind beim Bau des „Imperator", des für die Hamburg-Amerika-Linie bestimmten Riesendampfers, zwei Menschen verunglückt, von denen der eine sofort tot war, der andere sehr schwer verletzt wurde. Am Sonnabend nachmittag, kurz vor 4 Uhr — die Arbeiter wollten ihr Werkzeug abliefern — traten der Nietenvorhalter Richard Joecks und der Bohrer Sennert aus der Seitenpforte des Schiffes, um über den Aufgang nach der Helling zu gehen. Sie traten auf eine der Bohlen, die nicht befestigt waren, die Bohle ging an dem einen Ende in die Höhe und die beiden Arbeiter stürzten aus einer Höhe von etwa 25 Metern in die Tiefe. Joecks war sofort tot, während sein abgestürzter Kollege schwer verletzt nach dem Hafenkrankenhause gebracht werden mußte.

Altona. Wieder ein Fabrikbrand. In der Maschinenfabrik von Alfred Gutmann in der Völckersstraße brach in der Nacht zum Sonnabend gegen 2 Uhr ein großes Feuer aus. Es griff mit großer Geschwindigkeit um sich, so daß das Hauptgebäude schon in hellen Flammen stand, als die Feuerwehr anrückte. Das Fabrikgebäude ist bis auf den Grund niedergebrannt. Nur die nackten Umfassungsmauern stehen noch um die rauchenden Trümmer. Das Kesselhaus und die Dreherei konnten gerettet werden. Nach etwa fünfstündiger Arbeit war das Feuer gelöscht. Der Schaden soll gegen 200 000 Mk. betragen. Die Ursache des Brandes ist noch nicht festgestellt worden. Es bestehen allerdings Gründe, die auf Brandstiftung hindeuten. Das Feuer brach in einem Modellager aus. — Die Firma will sofort mit dem Wiederaufbau der Fabrik beginnen, doch werden die Arbeiter längere Zeit aussetzen müssen, auch wenn der Betrieb vorläufig in den erhaltenen Gebäuden weitergeführt wird.

Itzehoe. Der beleidigte Fabrikdirektor. Das Schöffengericht in Itzehoe verurteilte den verantwortlichen Redakteur der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung Genosse H. Bielenberg wegen Beleidigung des Direktors der mechanischen Netzfabrik in Itzehoe, Naumann, zu einer Woche Gefängnis. In zwei Notizen der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" war unter Hinweis auf die Löhne der Arbeiterinnen in der Netzfabrik und der an die Aktionäre gezahlten Dividende von 10 Prozent von einer Ausbeutung der Arbeiterinnen gesprochen worden. Naumann fühlte sich beleidigt, obgleich er persönlich gar nicht in den Notizen erwähnt worden war. Das Gericht urteilte, wie oben schon gesagt. Die Worte Ausbeutung der Arbeiter enthielten eine Beleidigung, heißt es in der Begründung des Urteils, im Strafprozeß sei nur beim Wucherparagraphen von Ausbeutung die Rede, von einer Ausbeutung im Sinne des Wucherparagraphen könne aber in der Fabrik keine Rede sein.

Grevesmühlen. Durch Unvorsichtigkeit den Bruder erschossen. Der Kaufmannslehrling Johannsen hatte sich einen Revolver gekauft und ihn unvorsichtigerweise geladen im Hause seiner Eltern verwahrt. Seine beiden jüngeren Brüder im Alter von 12 und 10 Jahren fanden die Waffe, und der ältere von ihnen machte sich damit zu schaffen. Dabei entlud sich die Waffe, der Schuß traf den jüngeren zehnjährigen Knaben ins Herz. Der Getroffene war sofort tot.

Wilhelmshaven. „Belästigungsgelder". Eine Neuerung, die vielleicht bald Nachahmung finden dürfte, führte die Speditionsfirma Krieger u. Friedrichs in Wilhelmshaven ein, deren Transportarbeiter am 1. April in den Streik traten, weil ihnen die Firma die verlangte Lohnzulage von wöchentlich 2 Mk. verweigerte. Die Firma sucht jetzt Streikbrecher. Diese Rausreißer sollen nun nicht nur mehr Lohn erhalten als die Streikenden verlangen, sondern außerdem noch für jeden Tag zwei Mark „Belästigungsgelder".

Varel. Drei Knaben ertrunken. Drei 13jährige Schüler, darunter der Sohn des Direktors der Hansa-Werke, haben Donnerstag in einem Fischerboot eine Fahrt vom Vareler Hafen nach Eckwarderhörne unternommen und sind seitdem verschwunden. Man befürchtet, daß sie ertrunken sind.

Verden. Ein Opfer der Kurpfuscherei. Das Landgericht Verden (Aller) hat am 15. November v. J. den Handelsmann Eduard Anrim wegen fahrlässiger Tötung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. A. befaßt sich seit längerer Zeit mit Heilung von Krankheiten. Außer einer Mixtur, bestehend aus allerlei Kräutersäften und Salbe, für die er das Rezept von seiner Mutter, einer Waldarbeiterin, hatte, wandte er als Heilmittel die „Besprechung" von Krankheiten, namentlich der „Rose", an. Obwohl er die Behandlung unentgeltlich vornahm, gaben ihm doch die Kranken, die zu ihm kamen, stets aus Dankbarkeit und Freude eine kleine Gabe, die zwischen 50 Pfg. und 2 Mk. schwankte und die A. auch stets dankend annahm. So kam zu ihm im März v. J. auch die Frau des Gastwirts B. in H., die lungenkrank war und als Folgeerscheinung dieser Krankheit auf der linken Brustseite einen roten Fleck hatte, den der Arzt, bei dem sie in Behandlung war, als Krebserscheinung richtig konstatiert hatte. Einem operativen Eingriff durch den Arzt wollte sich die Frau aber nicht unterziehen. Der Angeklagte nahm nun die Behandlung nach seiner Methode vor. Als trotz allen Schmierens mit einer Salbe die Geschwulst immer größer wurde und Frau B. betreffs der Heilung Bedenken äußerte, tröstete er die Kranke mit den Worten: „Ein solcher Krebs sei nicht so leicht zu heilen, er aber könne es." Erst, als die Krankheit absolut nicht zurückgehen wollte, begab sich Frau B. im Oktober 1910 zu einem Arzt. Dieser nahm, die Größe der Gefahr erkennend, sofort eine Operation vor, doch, wie er vorausgesehen, war es bereits zu spät. Frau B. erlag trotz der Operation dem Brustkrebs am 24. Mai v. J. Dem Angeklagten ist nun zur Last gelegt worden, den Tod der B. insofern durch seine Fahrlässigkeit verschuldet zu haben, daß er die Kranke nicht sofort, als diese zu ihm kam, an einen Arzt gewiesen, ja sogar von der Zuziehung eines solchen abgeraten hat. Gegen das Urteil hatte A. Revision eingelegt, die jedoch am Freitag vom Reichsgericht verworfen wurde.

Oldenburg. Die Oldenburger Lehrer gegen das Volksschulelend. Am zweiten und dritten Osterfeiertage hielt der rund tausend Mitglieder zählende oldenburgische Landeslehrerverein in Varel seine Jahrestagung ab. Die sonst verhältnismäßig zahmen Lehrer gebrauchten bei dieser Gelegenheit scharfe Worte gegen die Regierung und das neue Schulgesetz. In einem Referat sagte der Vorsitzende, Schulvorsteher Schwecke-Oldenburg, u. a.:

„Unsere Volksschule ist unter dem neuen Schulgesetz in Gefahr, mehr und mehr zu einer Armenschule zu werden. Wir hatten gehofft, das neue Schulgesetz werde neue Entwickelungsmöglichkeiten für unsere Volksschule schaffen; aber die Entwickelungsmöglichkeiten, die es gebracht hat, liegen, wie Sie ja alle wissen, neben und abseits der Volksschule. Es gibt dazu auf dem Gebiete des Volksschulwesens Vorgänge, die uns beunruhigen müssen. Sie wissen, daß § 35 des Schulgesetzes die Möglichkeit gibt, bei sechs- oder mehrklassigen Schulen von dem altbewährten Grundsatze abzugehen, daß jede Schulklasse ihren eigenen Lehrer haben muß. Wir haben seinerzeit sehr bedauert, daß dieser Paragraph die Zustimmung des Landtages gefunden hat. Nun aber ist, wie Sie wohl gelesen haben, in Delmenhorst der Versuch gemacht worden, die Volksschulen von oben abzubauen. Es ist versucht worden, achtstufige Volksschulen umzuwandeln in siebenstufige. Ein solches Gebaren muß die oldenburgische Lehrerschaft mit großer Sorge erfüllen. Wenn wir Lehrer verlangen, daß der Schulunterricht vor den Störungen durch den Konfirmandenunterricht gesichert werde, wenn wir bitten, die Schulfreiheit an den Fastenfreitagen zu beseitigen, dann traut man uns nicht zu, daß wir aus sachlichen Motiven heraus urteilen. Wenn wir der Meinung sind, daß keine Gründe vorliegen, die Volksschule in bezug auf Ferien anders zu behandeln als die Mittel-, Bürger- und höheren Schulen, dann macht man uns Vorwürfe. Es ist das soziale Empfinden, das sich gegen diese andere Behandlung der Volksschüler sträubt."

Auch die oldenburgischen Lehrer scheinen endlich einzusehen, was sie vom heutigen Staate in bezug auf die Volksschule zu erwarten haben. Praktisch erfolgreicher wäre es allerdings, wenn die Lehrer aus ihrer Einsicht die politischen Konsequenzen zögen, anstatt hinter den liberalen Parteien einherzutrotten.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Die Hoffnung auf Segen", ein Seestück in 4 Aufzügen von Heijermans, ging gestern nachmittag als Vorstellung für den Arbeiterbildungsverein in Lübeck erstmalig in Szene. Das packende Drama, welches von uns bereits am Sonnabend eingehend gewürdigt worden ist, erzielte bei dem ausverkauften Hause eine außerordentlich tiefe und nachhaltige Wirkung. Die Wiedergabe des Werkes war geradezu eine künstlerische Tat, die allen Beteiligten zur hohen Ehre gereicht.

Herr Direktor Fuchs hatte als feinsinniger Regisseur das Milieu, in dem sich die Handlung abspielt, ausgezeichnet getroffen und für ein bis in die kleinsten Einzelheiten sorgsam abgetöntes prächtiges Zusammenspiel gesorgt. Da war nirgends ein Zuviel und doch war jede einzelne Gestalt charakteristisch und plastisch herausgearbeitet worden. So lebensecht und eindringlich Frau Gerlach die alte Fischerswitwe Knietje gab, namentlich in ihrer stummen Verzweiflung nach dem Verlust der letzten beiden Söhne, eine so meisterliche Schöpfung bot Frl. Bethke als Jo. Die harmlose Heiterkeit des starken Mädchens, die warme, leidenschaftliche Liebe zu Geert und dann der wahnsinnige Schmerz um den Verlust des Geliebten und Vater ihres noch ungeborenen Kindes wurden von der Künstlerin nicht gespielt, sondern erlebt. Den Reeder Boos, der aus Gewinnsucht das Leben zahlreicher Menschen vernichtet, zeichnete Herr Brunow sehr wirkungsvoll: biedermännisch, frömmelnd und brutal. Eine echte Kapitalistengestalt. Als Gert bot Herr Hoß eine schöne Probe seines tüchtigen Könnens. Dieser furchtlose, zum Klassenbewußtsein erwachte Seemann war aus dem Leben geschnitten. Auch Herr Schürer als sein jüngerer Bruder Barend, der vor der See zittert und mit Gewalt auf das Schiff gebracht werden muß, fesselte stark. Prachtvolle lebendige Typen stellten ferner die Herren Schweisguth (Cobus), Albert (Daantje), Böhme (Simon), Pauly (Kaps) sowie die Damen Wutke (Marietje), Laudien (Truus) und Hofer (Saart). Die übrigen Rollen waren mit den Damen Hilbrecht (Klementine), Frl. v. Neuendorff (Frau Boos) sowie Herrn Heine (Mees) gut besetzt. Die Leitung unseres Theaters verdient höchste Anerkennung dafür, daß sie den Arbeitern Gelegenheit gab, das wertvolle Drama Heijermans in vollendeter Wiedergabe kennen zu lernen. P. L.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. C. Sämtlich in Lübeck.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Die Eröffnung unserer Warenabgabestelle 17

Ecke Morkerkestraße und Reiherstieg

erfolgt am Dienstag, dem 16. April 1912.

Durch Eröffnung dieser Warenabgabestelle ist es auch den Mitgliedern des Hüxtertors möglich, ihre Waren in der Nähe vom Verein zu entnehmen, wir hoffen, daß jedes Mitglied es sich angelegen sein lassen wird, uns recht viele, dem Verein noch fernstehende Männer und Frauen zuzuführen.

Unser Prinzip ist: Gute Ware zu billigen Preisen.

Der Vorstand.

Meinen werten Freunden und Gönnern die ergebene Anzeige, dass ich mit dem heutigen Tage den

Gasthof 3 Kronen

Kolk 6, von M. Fischborn in Vertretung übernommen habe.

Es wird mein Bestreben sein, meine Gäste in jeder Weise zufrieden zu stellen.

C. Steinfatt.

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem Ende 1911 bereits 98 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde (Sitz Stuttgart)

bei. Für den geringen Jahresbeitrag von

nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pf. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) erhält man kostenlos:

1. die reichillustrierten Monatshefte

Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern:

Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur und Kunst

2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1912: Gibson-Günther, Was ist Elektrizität?; Dannemann, Wie unser Weltbild entstand; Dr. Floericke, Kriechtiere u. Lurche fremder Länder; Prof. Dr. Weule, Die Urgesellschaft u. ihre Lebensfürsorge; Dr. Kölsch, Die Erschaffung d. Seele.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos", Stuttgart.

Probehefte und Prospekte postfrei!

Neue Subskriptions-Eröffnung

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch **für nur 25 Pfennig**

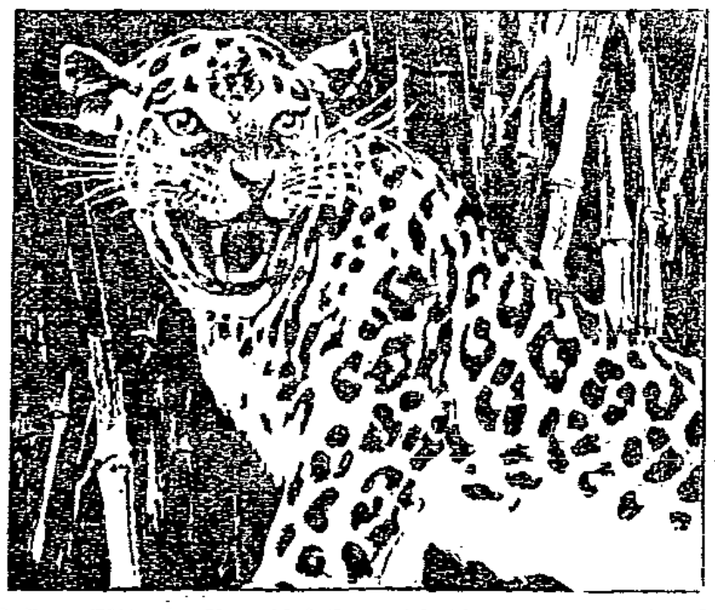
wöchentlich in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressanten Erlebnisse und Erfahrungen:

Carl Hagenbeck Von Tieren und Menschen

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hausschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in

Raten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.

Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.



„Ein Volksbuch im besten Sinne" ist Carl Hagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht es, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

Carl Hagenbeck der bloße Name läßt vor den Augen die seltsam anziehendsten Bilder erstehen von fernen Erdteilen, deren Jagdgründe die Jäger und Agenten des größten Tierlieferanten der Welt durchstreifen, dem fast sämtliche zoologischen Gärten ihre Bestände verdanken. Allgemein bekannt sind die erstaunlichen Erfolge Hagenbeckscher Tierdressur, die Löwen, Tiger, Bären und andere wilden Tiere in friedlichstem Beieinander zusammenhausen läßt. Carl Hagenbecks Aufzeichnungen sind

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

Carl Hagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Welthaus begründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung.

Auch für die **reife Jugend** bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch, **wie es sich besser nicht denken läßt.**

Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu Herzen gehendem Humor vorgetragenen Schilderungen gefangen. Dabei ist **Carl Hagenbecks Werk** keine bloße Unterhaltungslektüre, es ist ein **Bildungselement ersten Ranges.** Ein neuer „Brehm" liegt hier vor uns, seiner lehrhaften Form entkleidet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden Geschäftsgenies bereichert.

80000 Exemplare bereits verkauft

Das Werk ist auch in einem Bande zum Preise von M. 6.— zu beziehen von der Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Gefl. ausfüllen **Bestellschein** und einsenden

An die Buchhandlung Fr. Meyer & Co

Unterzeichnete... bestellt hierdurch

Carl Hagenbeck, Von Tieren und Menschen

Vollständig in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5,25 M. nebst einer Einbanddecke für 75 Pf. Wöchentlich ist eine Lieferung anzustellen. Dasselbe. Komplett in 1 Band für M. 6.— (Nichtgewünschtes ist zu durchstreichen.)

Name und Stand: _____

Genaue Adresse: _____

Hansa-Theater.

Telephon 610. Direktion **Reinh. Gollbach.** Telephon 610.

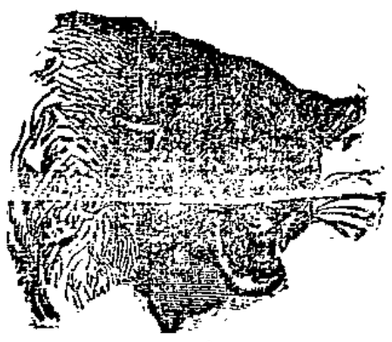
Dienstag, 16. April: Beginn der

7. Intern. Ringkampf-Konkurrenz

Täglich 4 große Kämpfe.

Beginn der Variété-Vorstellung 8½ Uhr.

Beginn der Ringkämpfe 9½ Uhr.



In Lübeck auf dem Burgfelde.

E. Malferteiners großer Raubtier-Circus

und größte Raubtier-Dressur-Schaustellung der Welt

enthält 30 dressierte Löwen, kolossale Königstiger, Leoparden, Panther, Eis-, Tibet- und Mähnenbären, Zebras usw.

Täglich nachmittags 4½ und abends 8 Uhr:

2 Haupt-Raubtier-Dressur-Vorstellungen

wobei Auftreten sämtlicher Dompteusen und Dompteure.

Raubtier-Dressuren mit Löwen, Königstigern, Eisbären, Tibet- und Mähnenbären, Leoparden, Panthern etc., vorgeführt von mehreren hervorragenden Dompteuren der Jetztzeit.

Darunter **Rudolf Malferteiner jun.,** der jüngste und kühnste Löwenbändiger der Welt, 16 Jahre alt, mit seinen 30 dressierten Löwen, kolossalen Königstigern.

Neu! Neu! Hier noch nie gesehen. Neu! Neu!

Johanna, das Affenmädchen.

Wer herzlich lachen will, muß den Affen als Mensch gesehen haben. Er ist ein Liebling der Damen und Kinder.

Der einzig dressierte Orang-Utang der Welt wird bei jeder Vorstellung von Madame **Malferteiner** vorgeführt werden. Es ist dies die einzige Dressur in ihrer Art, die jeden Zuschauer in Staunen setzt, und ist Johanna Stadtgespräch.

Preise der Plätze: I. Platz 1 Mk., II. Platz 50 Pfg., Kinder unter 10 Jahren: I. Platz 50 Pfg., II. Platz 30 Pfg.

Visitkarten

— ff. Elfenbeinkarton —

100 Stück von Mk. 1.— an

liefert

Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

UNIVERSUM

Heute 8 Uhr:

Neuer bunter Teil.

Dazu Kalnbergs burl. Schlager

Unsere Ulanen.

Entree: 20 Pfg.

Stadthallentheater.

Dienstag, 16. April 1912.

Die Bäuerin.

Drama in 1 Akt von C. Viebig.

Hierauf:

Der eingebildete Kranke.

Lustspiel von Moliere.

Anfang 8 Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel,** Markt 14, und **Roß,** Kohlmarkt 13.

Deutscher

Transportarbeiterverband

Mitgliedschaft Lübeck.

Umständehalber findet unsere nächste gemeinschaftliche Mitgliederversammlung **nicht am morgigen Dienstag,** sondern am

Freitag, d. 19. April, statt.

Der Vorstand.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 17. April abends 8 Uhr,

in der Stadthalle:

29. volkstümliches Konzert

(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:

Kapellmeister **Wilhelm Furtwängler.**

Solisten: die Herren J. de Ruyter-Korver (Violine), E. Corbach (Cello), Fr. Moser (Harfe).

Zur Aufführung kommen u. a.:

Ouverture „1812" P. J. Tschaikowsky.

Coppelia-Ballett L. Delibes.

Wotans Abschied und Feuerzauber aus „Die Walküre" R. Wagner.

Potpourri aus „Die geschiedene Frau" Leo Fall.

Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Achtung!

Schauerleute

Sektions-Versammlung

heute Montag, den 15. April

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Maifeier.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen ersucht

Der Vorstand.

Neues Stadttheater.

Dienstag, den 16. April 1912.

Voll-Ab. 176. Dienstag-Ab. 29.

Gastspiel des Kgl. Hofopernsängers

Karl Erb vom Königl. Hoftheater i. Stuttgart

Hoffmanns Erzählungen.

Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.

Mittwoch, den 17. April 1912.

Außer Ab. Einmalige Aufführung.

Hoffnung auf Segen.

Drama aus dem Seemannsleben von Heijermans.

Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend.

e. G. m. b. H.

Die Lieferung von

ca. 25000 Ztr. bezw. hl Feuerung

an unsere Mitglieder ist für das Jahr 1912/13 neu zu vergeben.

Gefl. Offerten hierüber erbitten wir baldigst an unser Kontor, Nebenhofstraße 12, einzureichen.

Der Vorstand.

Deutscher

Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Achtung Klempner!

Versammlung

am Mittwoch, dem 17. April abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstraße 50—52.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Branchenleitung.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 88. Montag, den 15. April 1912. 19. Jahrg.

Ein Protest gegen das zarische Justizverbrechen an den Armeniern.

Der dieser Tage zu Ende geführte Monsterprozeß gegen die armenische Partei „Daschnakzutjun" hat die allgemeine Aufmerksamkeit wiederum auf die Augiasställe und die Verbrechen der russischen Justiz gelenkt. Seit der Bewegung zugunsten der unschuldig verurteilten sozialdemokratischen Dumaabgeordneten steht die russische Schandjustiz ohnedies im Mittelpunkte des allgemeinen Interesses. Der jetzt zu Ende geführte Prozeß, der ungemein viel Ähnlichkeit mit dem Justizverbrechen an den Dumaabgeordneten aufweist, hat der Verurteilung dieser Schandjustiz neue Nahrung zugeführt. Derselbe höchste Gerichtshof, die besondere Session des Regierenden Senats, der sich 1907 zum Werkzeug des Staatsstreichs hergab, und die schändlichen Machinationen Stolypins und der „Ochrana" durch seinen Justizmord deckte, hat nun, nach zweimonatigen Mühen, ein schmähliches Tendenzurteil gegen ein ganzes Volk gefällt.

Der Ausgang dieses Prozesses wird schon dadurch allein charakterisiert, daß ungeachtet aller Bemühungen der Staatsanwaltschaft, die vor keiner Fälschung zurückschreckte, von 149 Angeklagten 94 oder fast zwei Drittel freigesprochen werden mußten. Sogar Professor Schiemann hebt bei der Besprechung dieses Urteils hervor, daß die Freigesprochenen unschuldig in Untersuchungshaft gesessen haben. Zieht man aber in Betracht, daß die Angeklagten fast vier Jahre lang in Untersuchungshaft saßen, daß sie alle Greuel der russischen Gefängnishöllen über sich ergehen lassen mußten, daß der mit der Untersuchung betraute Richter Lyshin das ganze Register seines Fälschertalents gegen sie spielen ließ, so erscheint das hinter geschlossenen Türen gefällte Urteil des höchsten Gerichtshofes als eine Selbstbrandmarkung der russischen Justiz. Und noch ein Brandmal mußte sich das russische Justizressort selbst auf die Stirne drücken: der Fälscher Lyshin, ein besonderer Günstling des Justizministers Schtscheglowitow, sah sich noch vor dem Abschluß des von ihm vorbereiteten Prozesses genötigt, seinen Abschied einzureichen. Und dennoch wurden auf Grund seines Materials 4 Personen zur Zwangsarbeit, 26 Personen zum Verlust aller Rechte und zur lebenslänglichen Deportation nach Sibirien und 21 Personen zur Festungshaft verurteilt!

Das Organ der Partei „Daschnakzutjun", die in Genf erscheinende Zeitung „Droschak", wendet sich in einem flammenden Protestartikel gegen diese neue Justizverbrechen der zarischen Regierung. „Was ist das Ergebnis dieses Hochverratsprozesses?" fragt es. „159 gefangene Armenier waren, als Mitglieder der Partei „Daschnakzutjun", der Verschwörung gegen die Partei des Reiches, separatistischer Bestrebungen zum Zweck der Wiederherstellung eines unabhängigen Armeniens usw, angeklagt. Nun hat sich diese absurde Anklage als das Resultat einer Untersuchung erwiesen, die — wie die skandalösen Enthüllungen gezeigt haben — von Anfang bis zu Ende größtenteils auf Fälschungen beruht. Angesichts dieser Verbrechen der „modernen" Magistratur, hat die Verteidigung einstimmig erklärt, es sei unmöglich, diesen Prozeß fortzuführen.

Das Gerichtstribunal, gegenwärtig nichts weiter als eine untergeordnete Sektion des Justizministeriums, blieb taub gegenüber diesen berechtigten Forderungen der Verteidigung. „Es ist keine Zeit vorhanden, eine neue Untersuchung einzuleiten", — erklärte der Gerichtsvorsitzende Senator Kriwzow. Und am folgenden Tage wurde eine große Anzahl Intellektueller zu schweren Strafen verurteilt!

„Es ist keine Zeit vorhanden, eine neue Untersuchung einzuleiten!" O, man bedarf einer solchen gar nicht! Denn das Urteil lag schon längst fertig im Kabinett des Justizministers, des berüchtigten Herrn Schtscheglowitow. Die ganze Gerichtskomödie mit ihren Hunderten von Zeugen, den beredten und feurigen Reden der Verteidiger, der besten Rechtsanwälte Rußlands, war nichts weiter als eine leere Formalität. Das Ministerium, geleitet von Herrn Schtscheglowitow, hat trotz der erwiesenen Fälschungen und schreienden Ungerechtigkeiten die Züchtigung der armenischen Bevölkerung diktiert, die es in den dunklen, stürmischen Jahren 1903, 1905 und 1906 gewagt hatte, mit den Waffen in der Hand aufzutreten gegen die wilde Verfolgungspolitik des Ministers Plehwe und des kaukasischen Statthalters Fürst Golitzyn, gegen die brutale Konfiskation ihrer nationalen Güter und gegen den furchtbaren Sturm der tatarischen Vendee, die die Regierung selbst gegen sie losgelassen hatte, um die drohende Revolution niederzuwerfen und die Kräfte der Armenier lahmzulegen.

Plehwe und Golitzyn wurden geschlagen und von dem „neuen Regime" selbst verurteilt. Indessen wird die traurige Legende über den „armenischen Separatismus" noch heute in den hohen Regierungskreisen kolportiert, und ein neuer drakonischer Schlag gegen das Volk Russisch-Armeniens wird geführt.

Übernimmt Herr Kokowzew im Verein mit seinem Kollegen Schtscheglowitow diese schwere Verantwortung?

Wird die öffentliche Meinung Europas die Vollendung dieses neuen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zulassen?

Wir appellieren an alle Herzen, an alle Freunde des kleinen Volkes, das das Joch seines jahrhundertealten Martyriums abzuschütteln sucht, um der Segnungen der Kultur teilhaftig zu werden, das aber von dem russischen Adler in seinen Krallen gehalten wird, unablässig gepeinigt und selbst in Persien und der Türkei von ihm verfolgt."

Ein Zusammenbruch der Schnell- und Massenstreikjustiz im Ruhrrevier.

Am 12. April kam es am Dortmunder Landgericht zu einem vernichtenden Urteil gegen die jetzt beliebte Schnelljustiz. An vieles hat man sich ja bei der Streikjustiz gewöhnen müssen. Was „an sich" durchaus keine Beleidigung war, wurde zu einem Verbrechen, weil der Streik dabei eine Rolle spielte. Und wenn einer die Schwindsucht im höchsten Grade hatte und dies durch ärztliche Atteste nachweisen konnte: wenn die Majestät des Streikbrechers ihren Duft verbreitete, durfte eben nicht ausgespuckt werden. Durch die Zimmerdecke sollten Streikbrecher beleidigt worden sein; wenn einer flötet, darf es nicht wie Pfui klingen; sogar hochamtliche Bekanntmachungen, die sich auf den Streik beziehen, dürfen von den Streikenden nicht gelesen werden!

All das ist aber Kinderspiel gegen folgendes:

Der Zeitungsbote Schleichert in Kastrop, ein schmächtiger Unfallinvalide, der früher in der Grube verunglückt war, war am zweiten Streiktage, am 12. März, von Beamten der Zeche Erin schwer mißhandelt worden, und zwar mit Stöcken und mit einem Gummischlauch, als er und weil er vor der Zeche auf und ab spazierte. Schleichert behauptete, daß der Betriebsführer Müning von der Zeche einer der ersten bei dem Überfall gewesen sei und daß Müning mit dem Stock geschlagen habe.

Unter den Streikenden entstand darüber eine große Aufregung, besonders auch deshalb, weil gegen die mißhandelnden Zechenbeamten nichts von der Behörde unternommen wurde. Als sich ein Genosse dieserhalb an den Polizeikommissar Reineke wandte, erklärte dieser nur, man könne ja Anzeige machen. Der Genosse Otting ist als sozialdemokratischer Funktionär bekannt. Otting wurde einmal von dem Gendarmen Lange angesprochen und ermahnt, doch für mehr Ruhe zu sorgen, damit es nicht zum Waffengebrauch käme. Otting erklärte, daß ja das Möglichste getan werde; die Aufregung unter den Streikenden sei aber wegen der Mißhandlung durch die Zechenbeamten sehr groß; wenn die Drohungen, die ausgestoßen würden, ernst gemeint seien, könne er keine 10 Pfg. für das Leben des Betriebsführers geben. Gegen den Betriebsführer müsse eingeschritten werden.

Und nun —! Was geschah?

Gegen den Expedienten Otting wurde Anklage erhoben wegen — Beleidigung und Bedrohung des Betriebsführers!!

Der Kommissar und der Gendarm stellten den Vorgang im wesentlichen so dar wie auch der Angeklagte. Der Gendarm erklärte überdem, daß er Otting lange kenne und nur eine sachliche Mitteilung in den Worten erblickt habe, aber keine Drohung. Der Betriebsführer Müning bestritt, selbst geschlagen zu haben, er gab aber zu, daß er zugesehen und nichts getan hat, um die Mißhandlung des Invaliden zu verhindern; er erklärte, das sei nicht seine Sache gewesen. Aber es kam noch schöner.

Als der Verteidiger den Betriebsführer fragte, ob er nicht einigen Personen drei Mark versprochen habe, wenn sie den Boten durchprügelten, erklärte Müning, es sei möglich, daß er gesagt habe, er gebe drei Mark, wenn der Mann verprügelt werde. Weil ihn das so gefreut habe! setzte der famose Ordnungsheld hinzu. Weiter gab der Betriebsführer zu, daß er dem Bezirksleiter Manekeller, der an der Zeche auf dem Trottoir der Straße stand, drohte, ihn herunterzuschmeißen, daß er die Knochen zerbreche.

Der Staatsanwalt wollte schon eine Frage danach nicht zulassen, er fiel aber am Gericht ab. Als dann weitere Zeugen bekunden sollten, daß der Betriebsführer überhaupt ein sehr gewalttätiger Mensch sei, daß aber die Erregung berechtigt gewesen sei, hielt das Gericht dies nicht mehr für nötig.

Als der Verteidiger, Rechtsanwalt Frank I, den Betriebsführer etwas in die Kur nahm, sprang der Staatsanwalt auf: „Es ist doch unglaublich, wie der Verteidiger den Zeugen anschnauzt!"

Die Evangelistin.

Psychologische Studie von Alphonse Daudet.

(14. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Dann spielte Eline etwas von Mozart, von diesem lebhaften Gezwitscher der Vögel, welche in ein enges Klavier eingesperrt schienen, worauf auch vom Ufer her die in dem Schilfrohr hüpfenden Bachstelzen und Grasmücken antworteten. Nachdem die eine Sonate zu Ende war, spielte sie eine andere und noch eine, sich ganz und gar dem Zauber des alten Instrumentes hingebend, als sie sich plötzlich umwendete, bemerkte sie, daß sie mit Lorie allein sei. Romain und Sylvanire waren zum Ufer hinabgegangen, um mit der Kleinen zu spielen, und Frau Ebsen, um dort ungezwungen weinen zu können.

Er aber war geblieben, um ihr weiter zuzuhören, und fühlte sich bis in die Tiefe des Herzens bewegt, viel bewegter als es eigentlich für einen Staatsbeamten schicklich war. Sie war so reizend, von der Musik wie neu belebt, ihre Augen glänzten und die Finger flatterten so fein und zart wie Schmetterlinge auf den Tasten herum. Er hätte diesen köstlichen Augenblick festhalten, immer so in ihrem Anschauen versunken bleiben mögen — —

Plötzlich störte der Schrei eines Kindes, ein gellender Aufschrei des Entsetzens, der Bestürzung, die umgebende Stille, die ruhig tönende Atmosphäre des Wassers — —

„Das ist Fanny!" rief Eline aufspringend und ganz bleich zum Fenster stürzend. Aber man hörte jetzt schon hell auflachen. Und als Lorie sich vorbeugte, entdeckte er die Ursache der ganzen Aufregung. Es war Romain in seinem Taucheranzuge, der sich anschickte unter die Schleuse ins Wasser zu steigen.

„Wie erschrocken ich bin! — —"

Eline, deren Farbe mit dem einen Augenblick unterbrochenen Atem wieder zurückkehrte, lehnte sich an den kleinen Balkon, die Hand über die Augen, errötend und von Licht umflossen.

„Wie lieb Sie das Kind haben, — — —" flüsterte Lorie. —

„Es ist wahr, ich liebe es als wäre es mein eigen — — Und der Gedanke, daß ich Fanny bald verlassen soll, macht mir viel Kummer."

Jetzt erschrack er, an die Heiratspläne denkend, von welchen Frau Ebsen ihm schon gesprochen hatte, und schüchtern als ob er sich vor der Antwort fürchtete, fragte er:

„Fanny verlassen? — — Und warum?"

Lina zögerte ein wenig, schaute immer vor sich hin in die Ferne: „Sie wollen ihr ja jetzt eine andere Mutter geben — —."

„— Wer hat das gesagt? — — Ich habe niemals daran gedacht —."

Aber, wie diesem klaren Blicke widerstehen? — Allerdings wäre es traurig niemanden zu haben, dem man des Tages Freuden und Leiden mitteilen könne. Ja so traurig — — eine Häuslichkeit ohne Weib, Sylvanire würde auch früher oder später fortgehen, und dann könne sie doch überdies den Kindern nicht die Mutter ersetzen. Er selbst, er müsse es trotz seiner organisatorischen Fähigkeiten gestehen, verstehe es doch nicht einen Hausstand zu führen, während er der Mann dazu gewesen wäre, die ganze Provinz Algier zu verwalten.

Er sagte dies ungeziert ein wenig verlegen, mit einem gutmütigen, naiven Lächeln; und gewiß gefiel er Elinen so mehr, vom Wege gebracht und entwaffnet im Sturm des Lebens, als mit seiner erkünstelten Feierlichkeit aus den besseren Tagen.

„— Deshalb hatte ich daran gedacht wieder zu heiraten, aber nur in meinem Innern, ohne jemals zu jemanden davon zu sprechen — —. Und ich frage mich, wer Ihnen hat sagen können — —."

Eline unterbrach ihn.

„Ist sie wenigstens gut, die, an welche sie gedacht haben?"

Und Lorie antwortete vor Erregung zitternd: „Gut, hübsch — —, die Vollkommenheit selbst —."

„— Wird sie Ihr Kinder lieben?"

„— Sie liebt sie schon — —."

Sie hatte verstanden und war ganz bestürzt. Er ergriff ihre Hand und begann leise zu reden, ohne recht zu wissen was er sagte; aber Eline hörte in ihrer Verwirrung doch das zitternde Stammeln und die süße Musik der Liebe heraus. Und während sich die zärtlichen Beteuerungen, die Versprechungen für die Zukunft auf die Lippen ihres Freundes drängten, glaubte Eline immer noch vor sich hin träumend und den Blick in die Ferne gerichtet, ihr eigenes Leben vor sich aufgerollt zu sehen, ein Leben, einheitlich und ruhig wie diese Seine-Landschaft mit ihren regelmäßig gezogenen Streifen und geraden Furchen, wo das Korn kaum zu sprossen anfing, und wo Sonne und Schatten, je nach den Launen des Himmels, vorbeizogen. Vielleicht hatte sie etwas anderes geträumt, ein breiteres bewegteres Feld erhofft. In der Jugend liebt man es über Hindernisse hinwegzusetzen, man liebt die Rotkäppchen, gefahrvolle Waldungen, den schwanken Turm, zu dem der blaue Vogel hinauffliegt. Aber die Heirat, die man ihr anbot, störte wenigstens nichts in ihren Neigungen. Sie konnte Fanny behalten und brauchte Frau Ebsen nicht zu verlassen.

„— O! niemals. — — — Ich schwöre es Ihnen, Eline."

„Also abgemacht. — — Ich werde die Mutter Ihrer Kinder sein."

Ohne recht zu wissen, wie es geschehen, hatten sie sich verständigt, sich in einer Minute für das ganze Leben verbunden; und als Frau Ebsen auf der Terrasse erschien, erriet sie alles, da sie beide Hand in Hand sah, an das Fenster gelehnt und gemeinsam ihre Kleinen überwachend.

Siebentes Kapitel.

Port-des-Heils.

Von allen den Dörfern, welche zwischen Paris und Corbeil an dem linken Seine-Ufer hingestreut sind, von allen diesen hübschen Landhäusern mit ihren sonnigen Namen: Orangis, Ris, Athis-Mons, — ist Petit-Port trotz seines mehr bürgerlichen Namens der einzige Ort, welcher eine Vergangenheit, eine Geschichte hat. Gleich Ablon und Charenton, war es am Ende des sechzehnten Jahrhunderts ein wichtiger calvinistischer Mittelpunkt, einer jener Versammlungsorte, welche durch das Edikt von Nantes den Pariser Protestanten zugestanden worden. Die Kirche von Petit-Port sah jeden Sonntag die bedeutendsten Gönner und Freunde des evangelischen Glaubens um ihre Kanzel versammelt: Sully, die Rohans, die Fürstin von Orange, deren große goldüberladenen Karossen unter den Ulmen der königlichen Landstraße vorüberfuhren. Berühmte Theologen predigten dort. Es fanden glänzende Taufen und Trauungen in diesem Gotteshause statt, auch Aufsehen machende Glaubenswiderrufe, doch der Ruhm dauerte nicht lange.

Nach der Aufhebung des Ediktes wurde die Calvinistische Bevölkerung zerstreut, die Kirche niedergerissen; und als im Jahre 1832 Samuel Autheman dorthin kam, um seine Schmelzöfen einzurichten, fand er nur noch ein kleines Gärtnerdörfchen, ohne eine andere Erinnerung an seine in dem Staube der Archive begrabene Geschichte als den Namen, den man einem wüsten Stück Landes, einem eingegangenen Steinbruche gegeben hatte, nämlich „Le Prêche" („die Predigt"). Auf diesem Terrain, genau auf der Stelle des alten Gotteshauses selbst, wurden die Werkstätten gebaut, ganz am oberen Ende der großartigen Besitzung, die der damals schon reiche Goldhändler gleichzeitig gekauft hatte. Das Kammergut war historisch wie

Der Vorsitzende ersuchte darauf den — Staatsanwalt, doch nicht einen solchen Ton anzuschlagen.

Ulkig berührte es nach allem, als der Betriebsführer erzählte, wie er überzeugt sei, daß alle Arbeiter nur hochehrend von ihm sprechen!

Der Staatsanwalt war selbst für Freisprechung. Der Verteidiger beantragte, auch die persönlichen Auslagen des Angeklagten auf die Staatskasse zu übernehmen. Bei der nötigen Behandlung der Sache hätte die Hauptverhandlung nicht zustande kommen können, so führte der Verteidiger weiter aus. Man habe „im Dunkeln fühlen" können, daß die Anklage haltlos sei. Der Angeklagte habe nicht nur straflos, sondern in hohem Maße anständig und angebracht gehandelt und seine Pflicht getan. Ob der Betriebsführer mitgehauen habe, könne dahingestellt bleiben, es genüge, daß er sich sehr gefreut habe, als seine Beamten den Invaliden mißhandelten. Daß da die Erregung groß werde, sei kein Wunder. Es sei himmelschreiend, daß der Polizei der Vorfall mitgeteilt und daß trotzdem nichts geschehen sei. Bis heute sei man noch nicht gegen die mißhandelnden Zechenbeamten eingeschritten, sie liefen straflos herum, aber Otting, der die Sache bekannt gebe, komme auf die Anklagebank. Otting habe eher eine Belohnung verdient als Strafe. Wer etwas billige wie der Betriebsführer, der sage nichts, wer aber etwas verhindern wolle, der handle wie der Angeklagte.

Das Gericht kam zur Freisprechung und übernahm auch die persönlichen Kosten des Angeklagten auf die Staatskasse. Das Gericht sah in der Mitteilung Ottings lediglich eine sachliche Darstellung der großen Erregung, die über die Mißhandlung geherrscht habe. Auch objektiv hat das Gericht weder eine Beleidigung noch eine Bedrohung in den Worten erblickt.

Die Übernahme der persönlichen Kosten auf die Staatskasse wurde damit begründet, daß die Ermittelungen in der Sache nicht sehr eingehend gewesen seien. Hätte man den Gendarmen genau vernommen, hieß es, dann wäre es wohl gar nicht zur Anklage gekommen.

Damit ist der nun grassierenden Schnellstreikjustiz ein schwerer Schlag versetzt. Denn was kann schwerer wiegen, als der nun gerichtsnotorisch gewordene Vorwurf, daß wegen dieser rasenden Schnelligkeit der Streikjustiz im Ruhrrevier, bei der es durcheinandergeht wie Kraut und Rüben, tatsächlich niemand mehr vor einer Anklage sicher ist!

Wenn einem Streikbrecher ein Härchen gekrümmt wird, ist der Vorsitzende leicht mit dem Vorwurf bei der Hand, warum so etwas nicht verhindert werde. Der Betriebsführer Müning bekam keine Vorwürfe vom Gericht!

Aber die Anklage gegen den Expedienten Otting aus Kastrop beweist, was im Jahre der Streikjustiz 1912 noch möglich ist — nicht nur in Rußland!

Ein großer Erfolg sozialistischer Wohnungspolitik.

Einstimmig hat der Pariser Gemeinderat dem Antrag des Genossen Brunet auf Bewilligung von 200 Millionen Frank behufs Erbauung von 29000 Arbeiterwohnungen zugestimmt. Weniger als ein Jahr planmäßiger und unablässiger Arbeit hat genügt, dem im Mai 1911 gestellten Antrag, der zuerst als Wahlmanöver bezeichnet wurde, diesen glänzenden Sieg zu sichern. Die Verhandlung der im Ausschuß gründlich vorbereiteten Vorlage dauerte drei Tage und bot viele bemerkenswerte Momente. Berichterstatter waren Brunet und für den finanziellen Teil E. Desvaux. Brunet zeigte noch einmal die Notwendigkeit energischen Eingreifens. Das Baugeschäft wendet sich nur noch den Luxusbauten zu. Alljährlich verschwinden 2500 Kleinwohnungen. 1899 gab es 40000 leerstehende Wohnungen, jetzt nur 6000. Unterhalb eines Mietpreises von 500 Frank ist die Zahl gar von 26000 auf 3000 gefallen. Weitere 700 Gebäude werden den beschlossenen Enteignungen zum Opfer fallen; in 2 Jahren wird es 15000 Familien ohne Wohnung geben. Die Folge ist furchtbare Übervölkerung. 5000 Häuser sind von mehr als 420000 Menschen bewohnt, 69000 Wohnungen sind übervölkert. Über 15000 Familien haben nur einen Raum für 4 Personen. Über 200000 leben als Aftermieter, in über 2000 Fällen mehr als je 6 Personen. In 6 Häuserblocks mit 59000 Bewohnern steigt die Tuberkulosesterblichkeit auf fast 9 auf 1000 Bewohner. Seit vier Jahren sind die möblierten Wohnungen der Außenstadt um 4000 mehr geworden. Ihre Bewohner zahlen wöchentlich und leben unter skandalösen Verhältnissen, die zum völligen Verderb der Kinder führen. — Demgegenüber haben die Abhilfeversuche der Privatinitiative sich als unzureichend erwiesen. Die Stadt muß eingreifen. Ausreichen würden erst 489 Millionen. Mit 200 Millionen könne man, bei Ansatz von 7000 (genau 6537) Frank Herstellungskosten pro Wohnung rund 29000 Wohnungen herstellen. Die Mietpreise werden weit unter den üblichen sein, da man heute 5½ bis 6 Prozent Zinsen und eine Roheinnahme von 9 Proz. statt der ausreichenden 4½ bezw. 7½ Proz. rechnet. Dazu kommt der weitaus billigere Zinsfuß der städtischen Anleihe gegenüber privatem Baukredit. Für Familien mit mehr als 4 Kindern sollen bedeutende Verbilligungen eintreten. Bei Erhebung einer Miete von durchschnittlich 6 Proz. des angelegten Kapitals sei es möglich, das Kapital zu verzinsen und in 65 Jahren abzutragen, unter Reservierung eines Drittels für unvorhergesehene Ausgaben. Der normale Mietsatz, der sonst 12 Frank für den Quadratmeter beträgt, soll rund 10 (9,78) Frank betragen, sonach eine Wohnung von 2 Zimmern mit Küche und Wasserklosett 400—430 Frank (statt 536 Frank) 2 Zimmer usw. 300—320 Frank (statt 441 Frank kosten. Für arme Familien ermäßigt sich der Satz auf 8—8½ Frank pro Quadratmeter, dazu kommen die Ermäßigungen für die kinderreichen Familien. — Die Anleihe soll zu 3½ Proz. in Abschnitten von 25—30 Millionen aufgenommen und verwandt werden. — In der Diskussion wurde mehrfach versucht, die private Initiative als ausreichend hinzustellen und durch Hingabe von Mitteln an diese Abhilfe zu suchen. Brunet wies diese Einwände überzeugend zurück, zeigte auch, daß die Bauausführung in eigener Regie der Stadt sich vorzüglich bewährt hat. So bei der Kanalisierung der Wasserleitung, der Untergrundbahn, wo die von der Stadt bebauten Strecken um 40 Proz. billiger kamen als die von der Gesellschaft ausgeführten. Doch wurde der Rechten das Zugeständnis gemacht, daß 50 Millionen einem Konsortium der privaten Bauvereine zur Verfügung gestellt werden sollen. So wurde die einstimmige Annahme erzielt, die auch bei den Kammern die erforderliche Bestätigung des Beschlusses sichern dürfte. Die endgültige Fassung ist folgende: 1. Aufnahme der Anleihe zum Zins von höchstens 3,8 Proz., rückzahlbar in 75 Jahren. 2. Vermietung mindestens der Hälfte der Wohnungen an Familien mit mehr als 3 unter 16 Jahren alten oder erwerbsunfähigen Kindern. 3. Überweisung von 50 Millionen an die Gesellschaft für billige Wohnungen. 4. Festsetzung der Mieten und der Ermäßigungen für kinderreiche Familien: bis zu 3 Kindern 400 Frank für 4 Zimmer, 333 Frank für 3 und 233 Frank für 2 Zimmer, mit mehr Kindern 300 Frank für 4 Zimmer, 250 Frank für 3 Zimmer. Die Stadt darf aus der Verwaltung der Häuser keinen Gewinn ziehen. — Weiter wurde beschlossen, die Verwaltung der gegenseitigen öffentlichen Unterstützung zur Anlage von 23 Millionen d. i. die Hälfte ihrer Fonds, in billigen Kleinwohnungen aufzufordern. — Mit diesen Beschlüssen hat die Stadt Paris ein Werk unternommen, das in keiner Stadt der Welt seinesgleichen hat. Genosse Brunet knüpfte an die unter stürmischem Beifall beschlossene Annahme seines Antrags einige Bemerkungen in der „Humanite". Er weist auf die Notwendigkeit hin, dafür zu sorgen, daß das Werk ohne Störung durchgeführt wird, und sagt weiter: „Denen, die oft den Mut zur politischen Aktion verlieren, weil sie nicht immer die erwarteten Ergebnisse in der festgesetzten Zeit liefert, können wir an dem heutigen Beschlusse zeigen, was eine methodische Aktion vermag. Die Sozialisten, die im nächsten Gemeinderat sitzen werden (es war die letzte Session vor den Neuwahlen), werden das begonnene Werk erweitern können. Andere Forderungen der Partei gilt es zu verwirklichen, namentlich die Abendspeisung für die enterbten Kinder der armen Familien. So werden wir, ohne die vielfältigen Formen des Lebens zu vergessen, auf dem gegebenen Boden arbeiten, ihn ändernd, um ihn wohnlicher zu gestalten."

Soziales.

Die Regierung über die Lage der preußischen Arbeiter. Mit berechtigter Spannung mußte diesmal das Referat der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über die Berichte der preußischen Gewerbeinspektoren erwartet werden. Eine Regierung, die soeben im Bergarbeiterkampfe eine Vermittelungsaktion einzuleiten abgelehnt hatte, wohl weil sie der Überzeugung ist, daß die Bergarbeiter Lohnerhöhungen nicht nötig haben — oder gibt es noch andere Gründe zur Ablehnung einer Regierungsaktion? — verdient naturgemäß größte Aufmerksamkeit, wenn sie die Berichte ihrer eigenen Beamten über die Wirtschaftslage bespricht. Die Besprechung ist am 11. April, in einem umfangreichen Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" erfolgt. Wir zitieren daraus die zwei wichtigsten Stellen. Einmal, wie die Lage der preußischen Industrie im Jahre 1911 war und zum anderen, wie die Situation der preußischen Arbeiter aussah. Zur Wirtschaftslage schreibt die „Norddeutsche Allgemeine": „Die Berichte . . . . bieten . . . . eine erfreuliche Bestätigung für die anderweitig schon festgestellte Tatsache, daß das vergangene Jahr für unsere Industrie im allgemeinen sehr günstig gewesen ist und eine Fortsetzung des mit dem Jahre 1910 begonnenen Aufschwunges gebracht hat." Und was wird zur Lage der preußischen Arbeiter gesagt? „Leider ist die günstigere Lage der Industrie den Arbeitern nicht in dem wünschenswerten Umfange zugute gekommen. Wenn auch die Löhne durchweg eine steigende Tendenz zeigten, so wurden die sich daraus für die Arbeiter ergebenden Vorteile doch fast überall durch die Teuerung der Lebensmittel, der Kohlen usw. wieder aufgehoben, teilweise sogar mehr als aufgewogen!!" Das schreibt dieselbe Regierung in demselben Blatt, durch das sie gerade im vergangenen Sommer die Aushungerungspolitik der Agrarier am deutschen Arbeiter krampfhaft verteidigt hat! Sie ohrfeigt sich heute selbst, das hat sie allerdings auch verdient! Das Geständnis selbst wird Herrn Bethmann-Hollweg auf seiner an sich nur noch kurzen Laufbahn noch zu verschiedenen Malen vorzuhalten sein. Die fordernden Arbeiter, die Bergarbeiter, bei denen bis jetzt jede Lohnsteigerung ausgeblieben ist, die Hunderttausende, die unter den alles verteuernden Lebensverhältnissen mit rückständigen Löhnen haushalten müssen, alle müssen sich auf die Regierung berufen, hier hat sie seit hundert Jahren wenigstens einmal recht!

Verband zum Schutze des deutschen Grund- und Bodenwuchers. In aller Heimlichkeit ist der reichsdeutsche Verband zum Schutze des Grundbesitzes und des Realkredits gegründet worden. Hätte die Öffentlichkeit nicht plötzlich erfahren, daß Herr van der Borght, der Direktor des reichsstatistischen Amtes plötzlich die Goldgefilde der deutschen Grundbesitzerorganisation als Direktor zum Lustwandeln benutzte, die Allgemeinheit würde erst gestern von der Gründung näheres erfahren haben. Die Gründung dieser Organisation ist für das ganze deutsche Volksleben von einschneidenster Bedeutung. Das beweist schon die Mitgliederliste des 90köpfigen Vorstandes dieser Organisation. Wir finden darunter alle die Großbanken vertreten, die den Terrainwucher im Riesenstyl betreiben, alle prominenten Namen der Güterhandelei, der Terrainspekulationsgesellschaften und der Hypothekenbanken sind allein im Vorstand zu finden. Da sitzt der Vertreter der Berliner Handelsgesellschaft neben dem der Deutschen Bank, der Dresdener Bank, der Preußischen Boden-Kredit-A.-G. und der Bank für Handel und Industrie. Die 90 Vorstandsmitglieder sitzen in rund 200 der wichtigsten deutschen Bodenaktiengesellschaften! Hier ist

---

das Dorf, denn es hatte einst der Gabriele d'Estrées gehört; aber auch dort war nichts weiter von der alten Zeit übrig geblieben als eine Steintreppe, völlig verwittert von Sonne und Regen, deren Doppelrampe ganz schwarz von wildem Wein und Epheu, nach beiden Seiten hin sich abrundete; der Name der alten Treppe: „Gabriele", schien auf ihren Stufen Gruppen von vornehmen Herren und Damen, deren prächtige Atlasgewänder im Grünen glänzten, erwecken zu wollen.

Gewiß waren viele Bäume des Parkes Zeitgenossen der Favoritin gewesen; aber die Bäume sprechen nicht wie die Steine, sie können nichts erzählen, denn sie verlieren ihr Gedächtnis mit ihren Blättern bei jedem Wechsel der Jahreszeit. Alles, was man von dem früheren Schlosse weiß, ist, daß es die Besitzung beherrschte und daß die Leutewohnungen den Platz am Ufer einnahmen, auf dem sich jetzt das moderne, durch die Authemans restaurierte und vergrößerte Gebäude befindet. Nachdem sie so einige Jahre dort gewohnt hatten, mußten sie unglücklicherweise, wie alle Uferbewohner zwischen Paris und Corbeil, die Durchfahrt der Eisenbahn, welche die ganze Seine entlang so viel alte und reiche Besitzungen zerrissen hat, über sich ergehen lassen. Das Geleise nach Orleans ging gerade an der inneren Freitreppe vorbei und trennte sie von den Blumenrabatten, und zwei von den vier prachtvollen Pawlonias, welche den Rasen beschatteten, mußten abgehauen werden. Fortwährend störten nun die vorbeirasselnden Züge mit ihren langen Rauchwolken die Ruhe dieser prachtvollen Besitzung, welche jetzt von beiden Seiten offen war, die abgetrennten Stücke durch eine leichte eiserne Brücke verbunden; von den vorüberfliegenden Waggenfenstern sah man die mit Orangebäumen besetzte Terrasse, auf der die Familie Autheman in amerikanischen Schaukelstühlen frische Luft schöpfte; weiter unten sah man Stallungen aus roten Ziegelsteinen, Gewächshäuser aus Glas und den Gemüsegarten, der durch die Eisenbahn ebenfalls in zwei Teile geteilt, nun die längliche Form von den Gärten der Bahnhofsinspektoren angenommen hatte.

Als Johanna Autheman durch den Tod ihrer Schwiegermutter Herrin über Vermögen und Willen ihres Gatten geworden war, wurde sie in Petit-Port durch die calvinistischen Erinnerungen dieses Ortes, die ihr wie eine Prädestination für ihr Werk schienen, zurückgehalten. Sie ließ das Landhaus wie das Pariser Palais gänzlich umgestalten, ließ das alte Gotteshaus wieder herstellen, ließ Mädchen- und Knabenschulen bauen, und als die Arbeiter der Schmelzöfen mit dem Onkel Becker nach dem Hüttenwerke von Romainville übersiedelten, blieben nur noch die Bauern in Petit-Port, Gemüsegärtner, Winzer und die wenigen Kleinhändler, wie man sie an den kleinen Landorten findet. Unter diesen letzteren übte nun Johanna, unterstützt von Anna de Beuil, ihre Bekehrungssucht aus. Die alte Jungfer ging von Tür zu Tür, die Kundschaft und den Schutz des Schlosses allen denen versprechend, welche in die Kirche kommen und ihre Kinder in die evangelischen Schulen schicken würden, es wären Freischulen mit Arbeitswerkstätten im Zusammenhang, in welchen die Schüler nach vollendetem Unterricht eine ihren Fähigkeiten angemessene Beschäftigung fänden.

Es gehörte eine festere religiöse Überzeugung dazu, wie man sie kaum unter unseren Bauersleuten noch findet, um so vielen Vorteilen widerstehen zu können. Zuerst kamen einige Kinder, dann gewöhnten sich die Eltern daran, dieselben in die sonntäglichen Zusammenkünfte zu begleiten; und, nachdem Frau Autheman bisher einem „Familien-Gottesdienst" allein vorgestanden hatte, gesellte sie sich nun einen Pastor aus Corbeil zu, alt und schüchtern, der die Kommunionen, die Trauungen, die Begräbnisse besorgte, aber stets nur ein Untergebener blieb, da Johanna, welche sehr herrschsüchtig war, sich die oberste Leitung über ihre Kirche und ihre Schulen vorbehielt. Als dieser Greis nach einigen Jahren starb, hatte sie trotz ihres großen Vermögens und ihres Einflusses auf das Pariser Konsistorium, viel Mühe ihn zu ersetzen. Die Pastoren folgten schnell aufeinander in Petit-Port, bald überdrüssig der Rolle als „Vorleser" oder als „Kirchendiener", zu der man sie degradierte, bis zu dem Tage, wo Johanna Herrn Birk von der skandinavischen Kirche begegnete, welcher ein richtiger Mietling war, zu allem bereit, und gerade soviel Französisch kannte, um aus der Bibel vorzulesen und Zeremonien abzuhalten.

Die Predigten und die Auslegung der Bibelverse behielt sie sich selber vor, und man kann sich das Erstaunen der Bauern denken, als sie die hübsche Schloßfrau auf die Kanzel steigen sahen. Und wie gut sie sprach, und so lange wie der gescheiteste Pfarrer. Dann dieses neue, schöne Gotteshaus, welches viel größer war als ihre Dorfkirche, die Feierlichkeit der hohen kahlen Wände, das Ansehen und das Vermögen des Bankiers. — — Sie gingen erstaunt und bewegt heraus, erzählten, was sie gesehen und wie die junge Frau Autheman ihre Messe lese. Nach der Messe blieb die Schloßherrin in der Sakristei, um diejenigen, die mit ihr sprechen wollten, zu empfangen, sich von ihren Geschäften erzählen zu lassen und ihnen Rat zu erteilen, nicht mehr in der mystische der Kanzel, sondern in vertraulichem Tone und in praktischem Sinne.

So setzte sie auch eine in Geld und Kleidern bestehende Prämie fest, welche allen denen, die zum reformierten Glauben übergingen, an dem Tage des Abendmahls übergeben wurde. Der Briefträger machte den Anfang, dann folgten der Bahnwärter und seine Frau. Ihre „Aufnahme" geschah mit großem Pomp; und als man sie mit neuen, guten wollenen Sachen bekleidet sah, mit dem Gelde, das in ihren Taschen klang, und überdies von nun an unter dem Schutze des Schlosses gestellt, ließen sich viele andere mit fortreißen.

Um dieser unbändigen Propaganda Widerstand zu leisten, waren in Petit-Port nur der Pfarrer und die „Schwester" vorhanden. Der Pfarrer, ein armer frommer Mann, lebte kümmerlich von seiner Pfarre ohne Nebeneinkünfte und zugleich, wie man erzählte, von dem Ertrage der Fische, die seine Magd unter der Hand in den Wirtshäusern von Abloe verkaufte. Übrigens gewöhnt, sich vor dem reichsten Grundbesitzer im Orte und dessen vorwiegendem Einfluß zu beugen, hätte er es ohnedies gewiß nicht gewagt, gegen die Authemans aufzutreten. Sonntags auf der Kanzel erlaubte er sich zwar einige versteckte Anspielungen, sandte Bericht auf Bericht an das Bistum in Versailles, aber dies hinderte nicht, daß seine Kirche sich leerte wie ein zersprungenes Gefäß, aus welchem das Wasser entrinnt, und daß die Reihen der Kinderlehre sich von Jahr zu Jahr lichteten, sodaß den wenigen Rangen, die noch kamen, der Platz zu köstlichen Versteckspielen zwischen den Bänken blieb.

Schwester Octavia, die Vorsteherin der Mädchenschule, war eifriger, wie es alle Frauen zu sein pflegen, welche die Leidenschaft antreibt; sie warf dem Pastor seine Schwäche vor und stellte sich ganz dreist dem Schlosse als Gegnerin gegenüber. Sie agitierte tüchtig, denn auch sie hatte Zeit dazu, sie eilte durch das Dorf mit hin- und herschlagender Flügelhaube, mit dem herausfordernden Geräusche ihres großen Rosenkranzes, und versuchte ihre Zöglinge einzufangen, wenn sie aus der evangelischen Schule kamen: „schämst Du dich nicht, Du gottloses Mädchen?"

Sie suchte die Mütter in ihren Waschküchen auf, die Väter auf freiem Felde, sie rief Gott, die Jungfrau, alle Heiligen an, deutete auf den mystischen Himmel, an dem der Bauer nur Wasser und Sonne für seine Ernte sieht; aber sie stieß nur auf schlau blinzelnde Augen, auf tiefe, heuchlerische Seufzer.

„Nun ja, Schwester, gewiß, — — es wird viel besser sein wie ihr meint!"

(Fortsetzung folgt.)

eine Organisation im größten Stil geschaffen, deren einzige Aufgabe sein wird, aus dem Allgemeinwert der Bodenpreissteigerungen ungezählte Millionen für die eigenen Geldbeutel einzustecken. Und der Staat, die Regierung? Bis jetzt hat sie nichts getan! Notwendig wird aber, daß die Reichswertzuwachssteuer so ausgebaut wird, daß den Riesenplänen der Bodenwucherer ein dicker Strich durch die Rechnung gemacht wird. Die Sozialdemokratie wird dabei gern mithelfen!

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Niederlage der Zentrumschristen. Bei der Gewerbegerichtswahl in Köln haben die Zentrumsgewerkschaften eine Niederlage erlitten. Sie verloren zwei Sitze, von denen die freien Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen je einen gewannen. Die freien Gewerkschaften erhielten rund 18 000 Stimmen und 28 Beisitzer, die Christlichen 7600 Stimmen und 11 Beisitzer und die Hirsch-Dunckerschen 810 Stimmen und 2 Beisitzer. Die Stimmenzunahme beträgt bei den freien Gewerkschaften 1758, bei den Hirsch-Dunckerschen 328 und bei den Christen ganze 6. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes stand das Verhalten der Christlichen bei dem Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier. Die Antwort der Arbeiterschaft des heiligen Köln ist eine schwere Züchtigung der schwarzen Streikbrecherorganisationen. Die Christlichen hatten in einem Flugblatt die jetzige Kölner Gewerbegerichtswahl als einen Markstein für die christliche Bewegung bezeichnet. Nun haben sie die Antwort. — Bei der Arbeitgeberwahl wurden von den 25 Beisitzerstellen 4 von der sozialdemokratischen Liste erobert.

Der Gott, der Eisen wachsen ließ . . . Der preußische Eisenbahnminister hat in einem Erlaß darauf hingewiesen, daß die Eisenbahnarbeiter vor der Anstellung in einer förmlichen Verhandlung auf ihre Pflichten und besonders auf ihre Stellung zur Sozialdemokratie hingewiesen werden müssen. Als Teilnahme an sozialdemokratischen Bestrebungen wird auch das Halten und Verbreiten sozialdemokratischer Zeitungen oder sonstiger Presseerzeugnisse sowie der Besuch sozialdemokratischer Versammlungen angesehen. Zuwiderhandlungen haben die sofortige Kündigung des Dienstverhältnisses zur Folge. Die Verhandlung vor der Annahme der Arbeiter hat der zuständige Dienstvorgesetzte zu führen und den Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß er weder dem Transportarbeiterverbande, der Reichssektion der Eisenbahner sowie überhaupt allen ähnlichen Vereinen oder Verbänden, welche Arbeitseinstellungen und Streiks als zulässig erachten, nicht angehören dürfe. Wie sang doch einst Ernst Moritz Arndt? — „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte . . .“ Und Arndts Lied wird doch wohl auch heute noch in preußischen Schulen mit Wärme und Eifer gelehrt, weil sich das Lied vor nunmehr 100 Jahren gegen den „Erbfeind“ richtete. Derselbe Staat, der hier Haß gegen ein andres und doch auch „christliches“ Volk sät, und dies nur mit Freiheitsphrasen zu tun vermag, unterdrückt im eigenen Lande jede freiheitliche Regung namentlich der Arbeiter, die durch die heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse von ihm abhängig sind. Und das ganze nennt man dann die göttliche Weltordnung.

Der Lohnkampf der Bergarbeiter in Mährisch-Ostrau. Am 10. ds. Mts. ist das Einigungsamt wieder zusammengetreten. Von den Bergwerksbesitzern waren die Zugeständnisse den Arbeitervertretern zur Kenntnis gebracht. Sie bedeuten so viel wie nichts. Der Erklärung, daß sie die geforderten Durchschnittslöhne im wesentlichen akzeptieren, folgten eine Reihe von Einschränkungen, die das wieder illusorisch machen, ja teilweise sogar den jetzigen Zustand verschlechtern würden. Die Schichtlöhne sollten von diesem Durchschnittslohn ausgeschaltet werden, er sollte also nur für Akkordarbeit gelten; alle Prämien und besonderen Zulagen sollten in den Durchschnittslohn eingerechnet werden, was bisher nicht der Fall war. An und für sich minimal sind die Zugeständnisse hinsichtlich der Erhöhung der Deputatkohle. Das sollte alles sein, was die Grubenherren geben wollten, obendrein sollte das in einem Arbeits- und Lohnvertrag festgelegt werden, der bis 1915 zu gelten hätte und der Lohnforderungen innerhalb dieser Zeit ausschließen würde. Am 11. d. M. fand eine weitere Sitzung des Einigungsamtes statt, die aber ergebnislos verlief. An diesem Tage sind nun Sektionschef Homann vom Ministerium für öffentliche Arbeiten und Bergrat Rotky, die beide schon anläßlich des nordwestböhmischen Bergarbeiterstreiks interveniert und zum Friedensschlusse beigetragen hatten, nach Mährisch-Ostrau gefahren, um bei den Einigungsverhandlungen mitzuwirken. Die Bergarbeiter Westböhmens, die ebenfalls in der Lohnbewegung stehen, erhielten von den Werksbesitzern folgende Antwort auf ihre Forderungen: „Seitens der Werke wurden den Arbeitern aller Kategorien eine Erhöhung ihrer Bezüge eingeräumt und noch andere Zugeständnisse gemacht. Die Neuregelung soll am 1. Mai in Kraft treten, jedoch unter der Bedingung, daß die Arbeiter nicht in den Streik treten.“ — Die Bergarbeiter werden zu den Zugeständnissen erst Stellung nehmen.

Kommunales.

Der Bürgermeisterstreit in Zittau. Die städtischen Kollegien in Zittau haben beschlossen, bei der sächsischen Regierung Beschwerde zu erheben wegen der Nichtbestätigung des zum Oberbürgermeister gewählten Landtagsabgeordneten Dr. Roth. In der Begründung, die der Kreishauptmann den städtischen Kollegien zugehen ließ, wird behauptet, daß Dr. Roth nach seinem eigenen Geständnis wiederholt in öffentlichen Wirtshäusern hasardiert hat, sogar in Nächten zu Sonn- und Feiertagen; ferner, daß in einem Prozeß, den Dr. Roth wegen Beleidigung angestrengt hatte, die gegen ihn erhobene Beschuldigung, er habe falsch gespielt, nicht unbedingt zurückgewiesen wurde, sondern daß nur der Beweis für nicht voll erbracht sei, daß er absichtlich falsch gespielt habe. Daß Roth sich ferner einer unbefugten Eidesabnahme schuldig gemacht habe, stehe nach Schöffengerichtsurteil fest. Weiter habe er ein Strafmandat über 50 Mk. unberechtigt niedergeschlagen. — Aus allen diesen Gründen hält der Kreishauptmann den Dr. Roth nicht für charakterfest, taktvoll und zuverlässig genug, um die mit der Polizeigewalt verbundene Oberbürgermeisterstelle bekleiden zu können. — Die Fortschrittler wollen im sächsischen Landtag eine Interpellation in dieser Sache einbringen.

Ein Wahlsieg. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Neucölln (Rixdorf) siegten in der dritten Klasse sämtliche 10 sozialdemokratischen Kandidaten.

Arbeiterbildung in England.

Aus London wird uns geschrieben:

Die stürmische Entwicklung, die das englische Proletariat in den letzten Jahren durchgemacht hat, äußert sich am auffälligsten auf dem gewerkschaftlichen Gebiete. Aber ein Zweig der Arbeiterbewegung läßt sich von den andern nicht luftdicht absondern, dieselben Ursachen sind auch auf allen anderen Gebieten wirksam, wenn auch der Erfolg nicht überall mit gleicher Schnelligkeit und Klarheit auftritt, und alle wirken wechselseitig aufeinander zurück.

Ganz besonders bemerkenswert sind die neuesten Entwicklungen auf dem Gebiete der Bildungsbestrebungen der englischen Arbeiterschaft. Auf keinem andern Gebiete war und ist noch so viel nachzuholen. Keiner Kapitalistenklasse der Welt ist es gelungen, die Arbeiter so sehr in geistige Abhängigkeit von sich zu bringen und zu erhalten, wie der englischen. Bis vor kurzem waren mit sehr wenigen Ausnahmen alle Personen, die in der englischen Arbeiterbewegung eine Rolle spielen, in der kümmerlichen Kost der bürgerlichen Ökonomie aufgewachsen, und selbst die Sozialisten unter ihnen zehrten von den breiten Bettelsuppen der Carlyle, Ruskin und Kingsley. Auf der unteren Stufenleiter wurden die Arbeiter neben der Volksschule von den unglaublich weit verzweigten und ineinandergeschlungenen kirchlich-religiösen Einflüssen, die überall mit den gewissermaßen halbamtlichen Wohltätigkeitsorganisationen, der öffentlichen Armenverwaltung und meist auch mit den lokalen Vertretungskörperschaften im engsten Bunde stehen, ins geistige Joch der Bourgeoisie gespannt. So geschickt ist diese geistige Knechtung und Korrumpierung betrieben worden, daß die Arbeiter sie sehr lange gar nicht merkten.

Seit einigen Jahren besteht jedoch eine Bewegung, die sich zum Ziele gesetzt hat, die Arbeiter auch in dieser Beziehung auf die eigenen Füße zu stellen. Der Kampf ist furchtbar schwer, denn die zu verdrängenden Organisationen kämpfen um ihren korrumpierenden Einfluß mit den verzweifeltsten Mitteln. Am heißesten werden zunächst die Bildungseinrichtungen für erwachsene Arbeiter, wie Abendschulen, Lehrkurse und Vortragszyklen, ferner die Einrichtungen zur vollkommeneren Ausbildung der Elite der Arbeiterschaft, der Agitatoren, Gewerkschaftsbeamten und jungen Arbeiterführer umfochten. Die Angegriffenen griffen ihrerseits zur Offensive und suchten, indem sie sich einen demokratischen Mantel umhingen, offizielle Anerkennung und Unterstützung bei den Arbeiterorganisationen selber zu finden.

Bei dem Kampfe spielen die Universitäten eine große Rolle. Auf der einen Seite heißt das Schlagwort: Zusammenwirken von Universitäten und Arbeiterschaft, eine „Co-Partnership“, also eine Art Kompagniegeschäft zwischen den beiden. Eine mächtige Organisation ist unter dem Namen Workers Educational Association (Vereinigung für Arbeitererziehung) gegründet worden, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, diesem Grundsatz bei der Schaffung und Ausgestaltung von Bildungsanstalten, insbesondere für erwachsene Arbeiter, Geltung zu verschaffen. Die Organisation erfreut sich der Gönnerschaft von Leuten wie Lord Curzon und andrer hochgestellter Personen, aber sie hat ihr Hauptaugenmerk darauf gerichtet, gleichzeitig auch die organisierte Arbeiterschaft durch die Berufung einiger Gewerkschaftsführer in die Verwaltungskörperschaft einzufangen. Es hat der größten Anstrengungen jener Arbeiter, die sich mit Energie auf dieses Gebiet geworfen haben, bedurft, um zu verhindern, daß sich die offizielle Gewerkschaftsbewegung mit der W.-E.-A. identifizierte. Auf ihrer Seite wurde der Kampfruf erhoben: Völlige Selbständigkeit der Arbeiterschaft auf dem Gebiete des Bildungswesens.

Deutlicher und schärfer ist der Kampf um die Ausbildung der jungen Agitatoren und Gewerkschaftsführer entbrannt. Hier heißen die Kampfrufe: Hier unparteiische, über den Klassen schwebende Wissenschaft; dort proletarische Wissenschaft. Zwei Institute stehen einander gegenüber und werben um die Gunst der Arbeiterorganisationen: Ruskin College in Oxford und Central Labour College in London. Beide sind nach dem Muster der englischen Universitätsorganisation Internate. Ruskin College ist die Mutteranstalt, von dem sich das Central Labour College vor zwei Jahren loslöste. Ruskin College entstand im Jahre 1899 als die private Stiftung zweier Amerikaner, die durch die Propagierung einer Art schöngeistig-sozialistischer Wissenschaft unter für solche Ideen empfänglichen jungen Journalisten und Künstlern die Welt erlösen wollten. Da es aber bald sowohl an Geld wie an Schülermaterial mangelte, wandte sich das College an die Gewerkschaften mit dem Vorschlag, sie möchten ihre hoffnungsvollen jungen Agitatoren eine oder mehrere Semester im College ausbilden lassen. Der Vorschlag wurde günstig aufgenommen, und allmählich entwickelte sich das College zu einem der Berliner Gewerkschafts- oder Parteischule ähnlichen Arbeiterinstitut. Die Gewerkschaften, die Schüler ins College schickten, erhielten eine Stimme in der Verwaltungskörperschaft, deren Mehrzahl jedoch nach wie vor aus Universitätsprofessoren, die an der Schule lehrten, bestand.

Der idyllische Zustand wurde getrübt, als die von den Gewerkschaften delegierten Schüler mit der Art des erteilten Unterrichts, namentlich auf dem Gebiete der Nationalökonomie, der Gesellschaftswissenschaft und der Geschichte, unzufrieden zu werden begannen. Die Lehrer waren im besten Falle Kathedersozialisten, die mit der Arbeiterbewegung selbstverständlich „sympathisierten“, sonst aber gänzlich auf bürgerlichem Boden standen. Klassenkampf war verpönt, dagegen wurde die Versöhnung der Klassen, Gewinnbeteiligung und ähnliches gepredigt. Unerträglich wurde die Situation aber, als die Verwaltung Versuche unternahm, das College formell an die Universität Oxford anzugliedern, so daß die günstige Absolvierung von Kursen im Ruskin College zur Aufnahme in gewisse Fakultäten der Universität befähigen sollte. Aus einer Anstalt zur Heranbildung tüchtiger Arbeiterführer sollte das College zu einer Stufenleiter werden, um die hoffnungsvollsten Kräfte der Arbeiterorganisationen den Arbeitern zu entfremden und einer „akademischen Laufbahn“ zuzuführen. Als schließlich der zu den Schülern haltende Rektor des College Dennis Hird gemaßregelt wurde, revoltierten die Schüler, erklärten den Streik und gründeten in der Folge das Central Labour College, das, nachdem es von den Hausbesitzern in Oxford boykottiert worden, nach London übersiedelte.

Es gelang dem Central College nicht, sofort bei allen Gewerkschaften Anerkennung zu finden. Die meisten von ihnen fuhren fort, ihre Schüler nach dem Ruskin College zu schicken, und nur allmählich vermag das Labour College dem Ruskin College den Boden abzugraben. Der Kampf zwischen den beiden Richtungen muß bald vor dem Gewerkschaftskongreß selber zur Entscheidung gelangen. Eine gründliche Untersuchung wird keinen Zweifel darüber hinterlassen, daß das Ruskin College tatsächlich zu einer Gefahr für die Arbeiterbewegung geworden ist. Ich selbst habe einen an eine Londoner Dame gerichteten Brief des Sekretärs des Ruskin College gesehen, worin um finanzielle Unterstützung gebettelt wird unter Hinweis darauf, daß der Unterricht den Arbeitern ermöglicht, „soziale Fragen gesund und ohne unwürdiges Klassenvorurteil zu betrachten“, was, wie der Brief hinzufügt, wichtig sei. Wenn man aus den gelegentlichen Zuschriften und Artikeln von Ruskin-Studenten in der Presse einen Schluß ziehen darf, so wird dieser schöne Zweck in den meisten Fällen auch gründlich erreicht. Die Gewerkschaften geben ihr Geld aus, um ihre besten Kräfte auszubilden. Wenn sie aber in die Organisationen zurückkehren, sind sie „gebildete“ Leute geworden, ihr revolutionäres Feuer ist erloschen und sie werden zum Hemmschuh der Bewegung. Da ist es vielleicht nicht einmal sehr zu beklagen, daß sie zumeist nicht sehr lange, und oft gar nicht in den Organisationen wirken können, denn sie werden schleunigst von der Regierung aufgeschnappt, die ihnen Posten in den Arbeiterbörsen und so weiter verschafft, von wo aus sie allerdings ebenfalls noch einen erheblichen Einfluß auf die Arbeiterbewegung ausüben können.

Das Central Labour College steht ausdrücklich auf dem Standpunkt des Klassenkampfes, Nationalökonomie wird vom marxistischen und Geschichte und Soziologie vom materialistischen Standpunkt aus gelehrt. Zwar fehlt es in England an bewährten Kräften, die einen solchen Unterricht erteilen können, und so setzen sich die Lehrkräfte zum großen Teil aus begabten früheren Studenten zusammen. Besonders anregend und bildend wirkt der ständige Verkehr der Schüler untereinander. Die allgemeine Atmosphäre macht auf den Besucher den denkbar günstigsten Eindruck, man hat das Gefühl, daß einem vor der Zukunft der englischen Arbeiterbewegung nicht bange zu werden braucht. Mit einem Wissensdurst, den man heutzutage nur bei kämpfenden Arbeitern vorfindet, werfen sie sich auf das ungeheure Gebiet, jedes Werk von Marx und Engels, selbst solche wie die „Heilige Familie“ wird, so wie es durch Übersetzungen des Chikagoer Kerr-Verlags zugänglich gemacht ist, mit Heißhunger aufgegriffen, studiert und debattiert, einzelne haben sogar Deutsch gelernt, um die Werke der Meister im Original studieren zu können. Dabei bleiben die Schüler in den engsten Beziehungen mit der Bewegung und den Kämpfen ihrer Organisationen und der allgemeinen Arbeiterbewegung. Gegenwärtige und frühere Schüler des College üben jetzt schon einen so großen Einfluß auf die Arbeiterschaft aus, daß sogar die bürgerliche Welt auf das „Treiben“ aufmerksam geworden ist. Es ist auch keineswegs ein Zufall, daß die große Mehrzahl der Schüler des Labour College aus Delegierten der südwalisischen Bergarbeiter, der Eisenbahner und Transportarbeiter besteht, also derjenigen Arbeiterkategorien, die bei dem neuesten Erwachen der englischen Arbeiterklasse die führende Rolle gespielt haben. Durch briefliche Unterrichtskurse und Vortragszyklen in verschiedenen Industriezentren dehnt das Kollege sein Erziehungswerk unter den Arbeitern weit über den Rahmen des Instituts hinaus aus.

Wir haben tatsächlich eine Auferstehung des Marxismus vor uns in dem Land, aus dessen Verhältnissen heraus die Lehre ursprünglich entstand, aber ihr so lange einen unfruchtbaren Boden zu bieten schien. Es handelt sich aber nicht um eine sklavische Wiederholung des deutschen Marxismus, sondern da sie direkt aus dem Leben und den Bedürfnissen der englischen Arbeiterbewegung emporwächst, wird sie gewisse neue Elemente enthalten oder stärker betonen, insbesondere jene Theorien, die die neueste Entwicklung der Arbeiterbewegung, die gewaltigen politisch-ökonomischen Kämpfe riesiger Arbeiter- und Kapitalistenorganisationen erklären und widerspiegeln. Diese geistige Renaissance, die sich keineswegs auf das Labour College beschränkt, sondern in weniger organischen Formen in jedem Industriezentrum und jeder Gewerkschaft zeigt, ist sowohl eine Ursache wie auch die Widerspieglung und Richtunggeberin der neusten Phase der englischen Arbeiterbewegung.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Schimpflexikon des militärischen Kapellmeisters. Der Kommandeur des in Ratibor garnisonierenden Bataillons des Infanterie-Regiments Nr. 62 erhielt einen anonymen Brief, in dem Beschuldigungen gegen den Musikleiter Hugo Lemberg erhoben wurden. Die Musiker würden von dem Kapellmeister mit Du angeredet, tituliert mit Ausdrücken wie Lümmel, häßliches, stinkiges, faules, madiges Aas, dreckiger Hund, Lausehund, blödsinniger, polnischer Schweinhund, Pflaumenbauer, Pechhengst, schwarzer Kerl, Schlot, Heringsbändiger, Schuster, Pümperhannes. Er ließe Kehrtwendungen machen, Hinlegen, Hin- und Herlaufen. Die eingeleitete Untersuchung ergab die Bestätigung der anonymen Anzeige. Der Musikleiter wurde vom Kriegsgericht zu nur einer Woche gelinden Arrest verurteilt wegen vorschriftswidriger Behandlung und Beleidigung Untergebener. In einigen Fällen erfolgte Freisprechung, weil „nur Scherzausdrücke“ angenommen wurden und der Musikleiter die Grenzen der Zulässigkeit nicht überschritten habe. Der Gerichtsherr legte Berufung ein. Vor dem Oberkriegsgericht verteidigte sich der Musikleiter, er müsse bei der Ausbildung zu „Hilfsmitteln“ greifen. Der ärztliche Befund bezeichnet ihn hysterisch, neurasthenisch, es handle sich bei ihm im Affekt um verminderte Zurechnungsfähigkeit. Oberkriegsgerichtsrat Laub beantragte fünfzehn Tage gelinden Arrest. Auf diese erkannte auch die Berufungsinstanz wegen vorschriftswidriger Behandlung in fünf Fällen, Anmaßung von Befehlsbefugnis in 48 Fällen, Beleidigung in zehn Fällen und Mißbrauch der Dienstgewalt. Daß diesen Vorgesetzten eine zu harte Strafe betroffen hätte, wird wohl kein Mensch behaupten können.

Streikjustiz. Das Schöffengericht in Köln bestrafte zwei Arbeitswillige, die während des dortigen Elektromonteurstreiks ihrem Arbeitgeber Kabel im Werte von 180 Mk. gestohlen und sie verkauft hatten, den einen zu acht Tagen, den anderen, der wegen Diebstahls vorbestraft war, zu zwei Wochen Gefängnis; ein Lehrling, den die beiden verleitet hatten, die Kabel zu zerschneiden und die Isolierung abzubrennen, erhielt drei Tage. Trotz des letzterwähnten erschwerenden Umstandes die gelinde Strafe. Mit ihr vergleiche man die folgende Verhandlung, die ihren Ursprung gleichfalls in dem Kölner Elektromonteurstreik hat und bei der ebenfalls Material zerstört wurde: Vier Kölner Ausständige fuhren nach B.-Neukirchen, um einen Arbeitswilligen zu bewegen, die Arbeit einzustellen und sich dem Streik anzuschließen. Als sie ihn nicht im Bau trafen, ließen sich zwei der Streikenden hinreißen, die von dem Monteur angefertigte Arbeit zu zerstören. Sie wurden zunächst vom Schöffengericht Opladen zu vierzehn Tagen und einem Monat verurteilt, die beiden anderen freigesprochen. In der Berufungsinstanz aber verurteilte die Strafkammer in Düsseldorf alle vier Leute zu je drei Monaten Gefängnis. Daß die Streikenden schon sieben Wochen im Ausstande waren und in begreiflicher, wenn auch nicht zu billigender Empörung gehandelt haben, daß sie sämtlich unbescholtene Leute waren, machte auf die Richter keinen Eindruck. — Mit dieser Strafe vergleiche man den eingangs geschilderten Prozeß; dort sind Arbeitswillige, die aus ehrloser Gesinnung heraus Eigentum zerstören und stahlen, in der mildesten Weise bestraft worden; in dem letzteren Falle aber werden Streikende, die in der Erregung bedauerlicherweise Eigentum beschädigten, zu der denkbar schwersten Strafe verurteilt. Dort drei Wochen, hier aber ein ganzes Jahr für das weniger schwere Vergehen.

Aus Nah und Fern.

Drei Schulknaben in der Nogat ertrunken. Ein böses Ende fand eine Kahnfahrt, die drei Schulknaben auf der Nogat unternahmen. Das Boot kam kurz hinter der Ortschaft Blumstein zum Kentern, so daß die drei Knaben ins Wasser fielen. Ehe Hilfe gebracht werden konnte, gingen die Kinder in den Fluten unter und ertranken. Es handelt

sich um drei Arbeitersöhne. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Liebestragödie in einem hannoverschen Dorf. In Venne bei Osnabrück hat sich ein Liebesdrama abgespielt. Dort wurde die Tochter eines Hofbesitzers erschossen aufgefunden. Neben der Leiche lag ein junger Mann mit einer tödlichen Schußwunde in der Schläfe. Wie sich herausstellte, hat er das Mädchen aus Eifersucht erschossen.

Zu Tode geprügelt. Der Inhaber der Wäscherei Riespacher u. Co. in Haspe, B. Krause aus Velbert, hatte seinen Arbeiter B. Hoch im Verdacht, die ihm anvertrauten Pferde ungenügend zu pflegen. Mit einem Begleiter namens Klein aus Velbert suchte er deshalb den Hoch nach Arbeitsschluß auf und verprügelte ihn. Am nächsten Morgen lauerten die beiden nochmals dem Arbeiter im Pferdestall auf und schlugen ihn, bis er bewußtlos liegen blieb. Hoch wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er, ohne zum Bewußtsein zurückzukehren, gestorben ist. Krause und Klein sind in Haspe verhaftet worden.

Priesterskandale. Die „Rheinische Zeitung“ berichtet über das plötzliche Verschwinden eines katholischen Pfarrers aus dem Kreise Rheinbach. Der Geistliche soll wegen sittlicher Verfehlungen, bei denen junge Pensionäre, 13–15 jährige Knaben, und das Dienstmädchen des Pfarrers eine Rolle spielen, von seiner kirchlichen Behörden in ein Kloster außerhalb der Grenze interniert worden sein. Schon in einer früheren Stellung soll sich der Pfarrer sittlicher Verfehlungen schuldig gemacht haben. Trotzdem wurde er nicht nur zum Seelsorger bestellt, sondern auch von der Regierung zum Lokalschulinspektor ernannt — von der nämlichen Regierung, die jeden Sozialdemokraten grundsätzlich als sittlich unfähig erachtet, in der Schulverwaltung zu sitzen. Und die Kirche, der die Vergangenheit des Geistlichen bekannt war, hat die Anstellung als Schulinspektor ruhig geduldet. Die Regierung hat mindestens fahrlässig gehandelt bei der Prüfung der Qualifikation des Mannes. Die Fälle, daß die Kirche Geistliche der strafenden „weltlichen“ Justiz entzieht, häufen sich, ebenso die Fälle, wo Geistliche, die Sittlichkeitsvergehen begangen haben, nachher wieder in Ämter gesetzt werden, wo sie auf Grund der gerade in der katholischen Kirche so ungeheuerlich großen Macht eine ständige Gefahr für die ihnen anvertrauten „Schafe“ bilden. Die Kirche beansprucht für ihre Geistlichen ein Ausnahmerecht und verdammt den, der es wagt, einen Priester vor Gericht zu ziehen. Der Vatikan hat erst vor wenigen Monaten durch sein Motuproprio den Bannfluch erneuert, der denjenigen trifft, der einen Priester anklagt. Das in Donauwörth erscheinende, bischöflich approbierte fromme Blättchen schrieb dazu: „Fluch jenen Lippen, die eine heimliche Sünde des Pfarrers ans Licht ziehen oder sogar ein etwaiges großes Ärgernis des Seelsorgers anderen mitteilen.“ („Schutzengelbriefe“ Nr. 68.)“ — Es sei auch daran erinnert, wie die Kirchenbehörde im Falle Münsterer und im Falle Scheuer dem Staatsanwalt eine Nase gedreht hat, und wie in der Affäre Palmert sich herausstellte, daß der Geistliche bereits früher Sittlichkeitsverbrechen verübt hatte, aber dennoch wieder auf eine Gemeinde losgelassen worden war. In der Erzdiözese Köln, wo der eingangs erwähnte Fall spielt, sind ähnliche Fälle gleichfalls früher vorgekommen: Ein Geistlicher hatte sich in einem Knabenkonvikt sittliche Verfehlungen zuschulden kommen lassen. Nachdem er einige Zeit im Auslande war, wurde er in eine Vikarstelle an der rheinisch-holländischen Grenze gesetzt. Ebenso hatte der Pfarrer Ritzenhoff, der von der Staatsanwaltschaft steckbrieflich verfolgt wurde, schon vor der neuen Tat Sittlichkeitsverbrechen begangen, die die kirchliche Behörde aber nicht abgehalten hatten, ihn wieder in eine Pfarrerstelle zu setzen.

Automobilverbrecher in Neuyork. Wie zu erwarten war, hat das Treiben der Pariser Automobilbanditen in einer anderen Weltstadt Nachahmung gefunden. In Neuyork sind ganz ähnliche Tricks, glücklicherweise mit weniger blutigem Erfolge, angewendet worden. Sieben Banditen betraten Sonnabend nacht ein Restaurant in der 14. Straße, in der belebtesten Gegend von Neuyork. Sie bedrohten vierzig Gäste mit Revolvern und raubten Gegenstände im Werte von siebenhundert Dollars, womit vier der Verbrecher flohen, indem sie einen Autotaxameter benutzten. Die zurückgebliebenen Verbrecher hielten die Gäste mit Revolvern bis nach der Flucht der anderen im Schach. Es wurden Ringe, Uhren und Geld geraubt. Die Polizei besitzt eine gute Personenbeschreibung der Täter, doch ist die Verfolgung bisher erfolglos geblieben.

Rätselhafte Erkrankung einer ganzen Familie. In Hostau im Böhmerwald ist die aus acht Personen bestehende Familie des Gutsbesitzers Wostruba nach dem Genuß von Milchsuppe und Kuchen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Ein Kind ist bereits gestorben, während an dem Aufkommen der übrigen Erkrankten gezweifelt wird.

Wahnsinnstat einer Pflegemutter. Aus Fiume wird berichtet: In Cirkvenice hat eine Frau Katharina Krasul ein ihr zur Pflege übergebenes 10jähriges Kind auf einem Scheiterhaufen festgebunden und sich dann selbst auf die Scheite gelegt, nachdem sie sie angezündet hatte. Später wurden die verkohlten Überreste der beiden Leichen gefunden. Die Frau hat die grauenhafte Tat begangen, weil man ihr das Kind wegnehmen wollte.

Ein neuer Dammbruch am Mississippi. Wie aus Greenville im Staate Mississippi gemeldet wird, ist bei Panther Forest ein neuer Dammbruch erfolgt. 60 in den Staaten Arkansas und Luisiana gelegene Gemeinden sind von den Fluten schwer bedroht. Soweit bisher bekannt ist, sind 12 Personen ertrunken. Zahlreiches Vieh ist verloren.

Mit was sich die patriotische Jugend „amüsiert“. Bei einem Ausfluge der patriotischen Jugendvereinigung in Plöchen machte der Ofensetzerlehrling Hausmann Schießversuche mit einem scharfgeladenen Revolver. Hierbei traf er den vor ihm stehenden Gärtnerlehrling Paul Hähnel in den Oberschenkel. Es wurde sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen, doch konnte die Kugel noch nicht entfernt werden. — Was für ein Geschrei würde sich erheben, wenn sich dieser Vorfall bei Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ ereignet haben würde. Da wäre man mit den jungen Revolutionären, denen das Gehirn von „gewissenlosen Agitatoren“ mit revolutionären Phrasen vollgepfropft worden ist, natürlich sehr schnell bei der Hand.

Kleine Nachrichten. Eines der ältesten Gebäude der Stadt Thorn wurde durch den heftigen Sturm arg beschädigt. Wie aus Thorn berichtet wird, stürzte plötzlich unter großem Krachen der obere Teil des Giebels der Bäckerstraße 37 gelegenen Gebäudes ein. Verletzt wurde niemand. Das beschädigte Haus bietet in mancher Hinsicht kunstgeschichtliches Interesse. — In Swadzim im Kreise Posen brannte gestern nachmittag ein großer Schober des Rittergutes nieder. Bei den Aufräumungsarbeiten stieß man plötzlich auf die verkohlte Leiche der 21jährigen Gutsbesitzerstochter Gertrud Niemann. Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte die Leiche, da anscheinend ein Verbrechen vorliegt. — Durch einen Einsturz in dem Bergwerk Galdacano bei Bilbao sind drei Frauen getötet und drei Arbeiter schwer verletzt worden. — In Canfranc, spanische Provinz Huesca, sind Dynamitpatronen, die zu Tunnelsprengungen verwendet werden sollten, explodiert. Zwei Arbeiter wurden dabei getötet und sechs verwundet.

Lübecker Marktpreise vom 13. April.

Bauern-Butter Pfd. 1,40–1,45 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,50–1,55 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 3–4 Mk. Hühner 2,00–3,00 Mk., Küken Stück —,— Mk., Tauben Stück 60–70 Pf., Gänse — Pfd. — Mk., Flickgans — Mk., Schinken Pfd. 1,05–1,10 Mk., Schweinskopf Pfd. 50–60 Pfg., Wurst Pfd. 1,30–1,40, Eier Stck. 7–8 Pfg., Heringe 3 10 Pfg., Dorsche genüg, Süßwasserfische genüg. Karpfen Pfd. 0,80–1,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1–2 Mk. Schleie 1,40–1,50 Mk., Brachsen 70–80 Pf., Hechte Pfd. — Pf., Barsche Pfd. 70–80 Pfg., Aal Pfd. 0,80–1,00 Mk. Karauschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl d. Kopf 0,30–0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Am Sonntag abend entschlief nach schwerer Krankheit mein inniggeliebter herzensguter Mann und unserer 6 Kinder treusorgender Vater, der Gastwirt

Wilh. Meyer

im 50. Lebensjahre.

Tief betrauert von allen seinen Angehörigen.

Marie Meyer geb. Haase nebst Kindern.

Beileidsbesuche dankend verbeten.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 18. d. Mts., 10½ Uhr vormittags, vom Trauerhause, Balauerfohr 31-33, aus statt.

Trauerfeier 10¼ Uhr.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen **Emilie Hoffmann**, geb. Ruhs, sagen wir allen, insbesondere dem Herrn Pastor Reimpell für die trostreichen Worte am Grabe unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Eine freundliche, abgeschlossene
Zwei-Zimm.-Wohnung
zu verm. Näh. Chasotstr. 18, p. vorne.

Durch Zufall zum 1. Mai eine freundliche **Zwei-Stuben-Wohnung** zu verm. Engelswisch 33/3, Torro.

Ein Zugänger zu verkaufen
Tornetweg 4.

Gut möbliertes Zimmer nach vorne zu vermieten
Attendornstraße 18, part.

Zu vermieten zum 1. Juli eine **Zwei-Zimmer-Wohnung** Adlerstraße 46a. — Daselbst ein dunkelblauer Sitz- u. Liegewagen zu verk.

Gesucht zum 1. Mai ein
ordentliches Mädchen.
„Hotel Kronprinz“, Schwartau.

Suche einen alten runden weißen **Kachelofen,** wenn auch schon abgebrochen, zu kaufen.
Off. bitte u. **W W** an die Exp.

Arm essen mich die Kinder

denn ich muß ihnen fortgesetzt eine Creme aus

Liebigs Creme-Pulver

machen, doch sie gedeihen dabei so sichtlich, daß es dem besten Nährmittel an die Seite gesetzt werden kann. Man nehme aber nur „Liebigs“ Marke Bäckerjunge.

Vereinigte Butterhändler
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.55** Mk.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlung
für die Mitglieder des
Hüxtertors
am Montag, 15. April 1912
abends 8½ Uhr
in **„Wakenitz-Bellevue“.**

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Wahl von drei Genossenschaftsratsmitgliedern.
3. Genossenschaftliches.

Wir bitten um zahlreichen Besuch der Mitglieder und deren Frauen.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Der Vorstand.

Beim Einkauf von Margarine fordere man nur die ersten Marken
„Siegerin“
„Palmato“
„Mohra“

Erscheint dreimal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Arb.- u. Berufs-Kl.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

Art. z. Krankenpfl.
F. W. Heyde, Königstr. 38.

Bäckereien
Paul Burmester Lübeck, Lg. Lohbg. 49. Dampf-B. u. Kondit.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
H. Jargstorf, Warendorpstr. 36.
R. Kasch Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.
Wilh. Krahn, Fackenb. Allee 57a.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Wesloerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsinstitut
A. Brodersen, Augiststr. 7. Tel. 1090.
L. Horenburg, Paulstr. 16. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn, Wahmstr. 79. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
C. Weiß, Lübeck, Schwart. Allee 193. Lager fertiger Särge.
H. Kröger, Rensefeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Besohlanstalten
H. Fausch. Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa“ J. Dettmann Beckergrube 51.
J. Kalthorst, Warendorpstr. 20 Fünfhausen 7.

Brauereien
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu H. A. Wulff Untertrave 96. Fernspr. 1274.
Trinkt Lübecker Vereinsbräu
F. Veiermiller Nachf., Schwartauer Allee No. 3b. Braunbier in Gebinden u. Flaschen.
Franz Langloh Schlutuper ff. Braunbier.

Brennmaterialien
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

Butter-, Käsehdlgn.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
H. Philipp, Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüxstr. 23.
J. Semrau, Hüxstr.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Klecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
Paul Markwardt, Seidlitzstr. 18. Cigaretten, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19a.
Conrad Rothe, Fleischhauerstr. 15.
Paul Thiel, Stavenstr. 8.
Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.

Dampfwasch-, Plättanst.
Groß-Dampfwäscherei „Vorwerk“, Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623. Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 60. Fernruf: 2274.
W. Krüger, Wäscherei, Petzerstr. 1.

Drogerien
W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
Julius Vogt, Germania-Drogerie Hüxstr., Ecke Königstr.

Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus
Gustav Rath,
Frister & Roßmann-Nähmasch.
Franz Busse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Altstr. 31.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23. Lübecker Fahrräder.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier, Arnimst. 12a. Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Joha. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
H. Krohne, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
J. Becker, Dornestr. 29.
W. Hohenschild, Marlistr. 42. T. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Fleisch- u. Wurstw.
Hans Gerds, Elswigstr. 1a. ff. Aufschnitt. Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Gothknecht, Gottlieb, Königstr. 104.
Carl Joost, Beckergrube 30. Wurstfabrik. T. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
W. Lemcke, An der Mauer 41a.
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Wilh. Pätow, Dankwartsgr. 46. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Jul. Schober, Gr. Burgstr. 55.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
R. Müller, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

Galant.-, Spielwar.
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut
Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34a.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

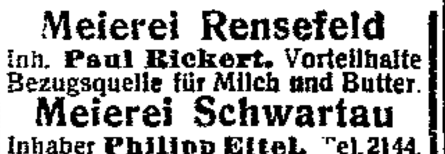
Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Hudoffsky, Marlistr. 44.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
J. Semrau, Hüxstr.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
Louis Rathmann, Schwartau.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine
Hintze & Stech, Möbel-Fabrik, Moisling. Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
W. Pamperin Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte


Meiereien
Meierei Rensefeld
Inh. Paul Rickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau
Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und ff. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Samson & Co., Breitestr. 39. Fernspr. 1057.

Billigste Bezugsquelle für
Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt,
Fernruf 672, Mühlenstr. 36 und 40.

Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 93.

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck, Fackenbg. Allee 48.
M. Maxein Wwe., Moislg. Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a. Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Aug. Rostock, Fünfhausen 5.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Beuleke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.

Trikot., Strumpfw.
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren-Repar.-Werkst.
Amerikanische, Hüxstr. 71
Fast jede Reparatur nur 1 Mk.
2 Jahre schriftliche Garantie.

Uhren, Goldwaren
August Büttner Uhrmacher Hüxstr. 32.
Willi Westfehling, Holstenstr. 32.
H. Nevermann, Schwartau.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck. Hüxterd. 8. T. 1935.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!